

## Studien zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Friedrich Wilhelm Weitershaus, Wilhelm Liebknecht. Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten. Eine Biographie. Mit Auszügen aus Briefen, Reden und Schriften Wilhelm Liebknechts und seiner Zeitgenossen, Selbstverlag, Gütersloh/Gießen 1976 (ebenfals: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Bd. 61, 1976), 312 S., engl. brosch., 22,50 DM.

Zum 150. Todestag Wilhelm Liebknechts legte Weitershaus, selbst kein Historiker, sondern aus dem Druck- und Verlagswesen stammend, eine Biographie dieses bedeutenden Sozialdemokraten vor, die laut Nachwort (S. 279) ursprünglich als lokale historische Studie geplant war, nun aber einen Teil der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei miteinschließt. In (nach Meinung des Rezensenten) im großen ganzen richtiger Akzentuierung bietet der Autor einen umfassenden Einblick in die spannungsreiche und widerspruchsvolle Persönlichkeit Wilhelm Liebknechts, dessen bis dahin kaum hinreichend beachtete frühe Entwicklung (Studienjahre, Beteiligung an der 1848er Revolution, Emigrationszeit in der Schweiz und in England) relativ ausführlich behandelt wird. Allerdings ist die Einbettung des persönlichen Wirkens in die allgemeine Geschichte, speziell die der frühen deutschen Arbeiterbewegung, die Liebknecht in jeder einzelnen Phase nachhaltig mit bestimmte, nur recht dürftig. So werden etwa der Bund der Kommunisten, der ADAV, LADAV etc. kaum hinlänglich problematisiert. Dies hängt z. T. damit zusammen, daß Weitershaus (trotz Anführung vieler Werke im Literaturverzeichnis) fast ganz auf die Auseinandersetzung mit der Sekundärliteratur (Ausnahme: biographische Studien über Liebknecht) verzichtet und sich im übrigen weitgehend den Problemhorizont Liebknechts zu eigen macht. Die Chance, die in letzterem (im Gegensatz etwa zu Tschubinskis an Marx orientierter Liebknecht-Interpretation) liegt, wurde nicht ausreichend genutzt. Da Liebknecht, wie der Autor anmerkt (S. 11), »in einem Zwiespalt der Weltanschauungen, zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Sozialismus kommunistischer Prägung«, steht, verzichtet Weitershaus ausdrücklich auf den Entwurf einer politischen Biographie und beschränkt sich auf die Aufgabe, »als unparteiischer Erzähler Fakten zu sammeln, um die historische Persönlichkeit Liebknechts herauszustellen« (S. 19). Dieses Verständnis kommt äußerlich darin zum Ausdruck, daß, z. T. nur mit knappen Überleitungen, seitenlang (siehe besonders etwa S. 163-181) Briefe, Reden und Schriften Liebknechts (und anderer Zeitgenossen, vor allem Bebels) zitiert werden, und zwar ohne jegliche kritische Analyse. Dennoch ist diese Arbeit nicht ohne Verdienst, wenn sie auch nicht die immer noch ausstehende, weil ungemein hohe Anforderungen an den Biographen stellende, wissenschaftlich befriedigende politische Liebknecht-Biographie ist. Allerdings gelingt es dem Autor durch sehr geschickte Quellenauswahl, von einer einseitigen und klischeehaften Zeichnung der Persönlichkeit W. Liebknechts abzurücken und das oszillierende Wesen und Wirken dieses bedeutenden Führers der deutschen Arbeiterbewegung, der hinter seinem Sohn Karl etwas in Vergessenheit geraten ist, herauszustellen. Vor allem durch diese Vielfalt der Aspekte, die zahlreichen Illustrationen (Bilder, Urkunden, Buch- und Zeitungstitel), eine Zeittafel, das

Strafregister W. Liebknechts sowie ein Namen- und Sachverzeichnis dürfte diese Publikation dazu beitragen können, Persönlichkeit, Wirken und Ausstrahlung eines der hervorragendsten Protagonisten der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen.

Dieter Dowe

Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, hrsg. vom IML beim ZK der SED, zusammengest. und eingel. von Heinrich Gemkow, Dietz Verlag, Berlin [DDR] 1976, 450 S., Ln., 10,80 M.

Der Titel der hier anzuzeigenden Veröffentlichung ist irreführend, denn »die« Erinnerungen von Wilhelm Liebknecht gibt es nicht; leider — denn hätte der junge Freischärler der Revolution von 1848, der Schüler von Karl Marx, der Mitbegründer der SDAP und der II. Internationale seine Memoiren geschrieben, so würde unser Wissen um die Früh- und Entwicklungsgeschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit ziemlicher Sicherheit anders aussehen. Bei den »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« handelt es sich lediglich um Erinnerungssplitter, die der alternde SPD-Führer in den neunziger Jahren für verschiedene Parteizeitungen und -illustrierte zu Papier brachte und die Heinrich Gemkow anlässlich des 150. Geburtstages von Wilhelm Liebknecht zum vorliegenden Sammelband zusammenstellte. Der Reigen dieser Erinnerungssplitter wird eröffnet mit Wilhelm Liebknechts berühmter Verteidigungsrede vor dem Reichsgericht in Leipzig 1872; sie enthält jenen Ausspruch, der dem Sammelband den Titel gab: »Ich bin *nicht* ein Verschwörer von Profession, *nicht* ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution, dagegen habe ich nichts« (S. 31). Danach folgen insgesamt zwanzig Aufsätze Liebknechts, die entsprechend der Chronologie der darin dargestellten Zeitabschnitte geordnet sind. Für den Biographen Wilhelm Liebknechts sind vor allem die folgenden Beiträge interessant: »In der Lehre. Etwas aus meinem Leben« (S. 32), »Aus der Jugendzeit« (S. 59), »Drei Tage in den Kasematten von Rastatt« (S. 100), »Anno 1849. Aus der Schweizer Flüchtlingszeit« (S. 139), »In Engels hätten wir unseren Carnot und Moltke gehabt« (S. 193), »Hier war einer, zu dem ich aufblicken konnte« (S. 199), »Ein Bild aus dem Londoner Flüchtlingsleben« (S. 208), »Aus meiner Schulmeisterzeit« (S. 217), »Eleanor Marx« (S. 287), »Robert Schweichel« (S. 300) und »Eine Entdeckungsreise« (S. 362).

Es wäre vermessen, wollte man im Rahmen dieser kleinen Besprechung die Fülle der Informationen verwerten, die sich aus den Erinnerungssplittern in bezug auf die Wertung des Politikers Wilhelm Liebknecht ergeben. Einige, gleichsam offenkundige Beispiele sollen und müssen daher genügen: Liest man die Beiträge, so versteht man, warum Wilhelm Liebknecht, etwa im Gegensatz zu August Bebel, seine Erinnerungen nicht in einem Memoirenband zusammengefaßt hat. Er ist nie ein disziplinierter Arbeiter gewesen, er arbeitete lieber »spontan«, ohne große Konzeption. Dies spiegelt sich auch in den Erinnerungssplittern wider; sie sind zweifelsohne witzig, lustig und unterhaltsam geschrieben, aber eben nicht sehr genau, weil das nötige Fakten- und Quellenstudium fehlte. Lernt er beispielsweise Marx einmal auf einem Sommerfest des Kommunistischen Arbeitervereins näher kennen, so findet ein anderes Mal das erste Treffen in einem Londoner »Pub« statt — im Beisein von Friedrich Engels. Dies tut den Erinnerungssplittern aber keinen Abbruch; der Rezensent selbst ertappte sich mehrfach dabei, wie er von der lebendigen Lektüre mitgerissen wurde, nicht zuletzt auch deshalb, weil hier jemand schreibt, der über den Dingen steht und sein eigenes Handeln mit einer gehörigen Portion Selbstironie betrachtet. Man vergleiche dagegen die hölzerne, fast leblose Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung bei August Bebel. Liegt hier viel-

Strafregister W. Liebknechts sowie ein Namen- und Sachverzeichnis dürfte diese Publikation dazu beitragen können, Persönlichkeit, Wirken und Ausstrahlung eines der hervorragendsten Protagonisten der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen.

Dieter Dowe

Wilhelm Liebknecht, Erinnerungen eines Soldaten der Revolution, hrsg. vom IML beim ZK der SED, zusammengest. und eingel. von Heinrich Gemkow, Dietz Verlag, Berlin [DDR] 1976, 450 S., Ln., 10,80 M.

Der Titel der hier anzuzeigenden Veröffentlichung ist irreführend, denn »die« Erinnerungen von Wilhelm Liebknecht gibt es nicht; leider — denn hätte der junge Freischärler der Revolution von 1848, der Schüler von Karl Marx, der Mitbegründer der SDAP und der II. Internationale seine Memoiren geschrieben, so würde unser Wissen um die Früh- und Entwicklungsgeschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit ziemlicher Sicherheit anders aussehen. Bei den »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« handelt es sich lediglich um Erinnerungssplitter, die der alternde SPD-Führer in den neunziger Jahren für verschiedene Parteizeitungen und -illustrierte zu Papier brachte und die Heinrich Gemkow anlässlich des 150. Geburtstages von Wilhelm Liebknecht zum vorliegenden Sammelband zusammenstellte. Der Reigen dieser Erinnerungssplitter wird eröffnet mit Wilhelm Liebknechts berühmter Verteidigungsrede vor dem Reichsgericht in Leipzig 1872; sie enthält jenen Ausspruch, der dem Sammelband den Titel gab: »Ich bin *nicht* ein Verschwörer von Profession, *nicht* ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution, dagegen habe ich nichts« (S. 31). Danach folgen insgesamt zwanzig Aufsätze Liebknechts, die entsprechend der Chronologie der darin dargestellten Zeitabschnitte geordnet sind. Für den Biographen Wilhelm Liebknechts sind vor allem die folgenden Beiträge interessant: »In der Lehre. Etwas aus meinem Leben« (S. 32), »Aus der Jugendzeit« (S. 59), »Drei Tage in den Kasematten von Rastatt« (S. 100), »Anno 1849. Aus der Schweizer Flüchtlingszeit« (S. 139), »In Engels hätten wir unseren Carnot und Moltke gehabt« (S. 193), »Hier war einer, zu dem ich aufblicken konnte« (S. 199), »Ein Bild aus dem Londoner Flüchtlingsleben« (S. 208), »Aus meiner Schulmeisterzeit« (S. 217), »Eleanor Marx« (S. 287), »Robert Schweichel« (S. 300) und »Eine Entdeckungsreise« (S. 362).

Es wäre vermessen, wollte man im Rahmen dieser kleinen Besprechung die Fülle der Informationen verwerten, die sich aus den Erinnerungssplittern in bezug auf die Wertung des Politikers Wilhelm Liebknecht ergeben. Einige, gleichsam offenkundige Beispiele sollen und müssen daher genügen: Liest man die Beiträge, so versteht man, warum Wilhelm Liebknecht, etwa im Gegensatz zu August Bebel, seine Erinnerungen nicht in einem Memoirenband zusammengefaßt hat. Er ist nie ein disziplinierter Arbeiter gewesen, er arbeitete lieber »spontan«, ohne große Konzeption. Dies spiegelt sich auch in den Erinnerungssplittern wider; sie sind zweifelsohne witzig, lustig und unterhaltsam geschrieben, aber eben nicht sehr genau, weil das nötige Fakten- und Quellenstudium fehlte. Lernt er beispielsweise Marx einmal auf einem Sommerfest des Kommunistischen Arbeitervereins näher kennen, so findet ein anderes Mal das erste Treffen in einem Londoner »Pub« statt — im Beisein von Friedrich Engels. Dies tut den Erinnerungssplittern aber keinen Abbruch; der Rezensent selbst ertappte sich mehrfach dabei, wie er von der lebendigen Lektüre mitgerissen wurde, nicht zuletzt auch deshalb, weil hier jemand schreibt, der über den Dingen steht und sein eigenes Handeln mit einer gehörigen Portion Selbstironie betrachtet. Man vergleiche dagegen die hölzerne, fast leblose Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung bei August Bebel. Liegt hier viel-

leicht einer der Gründe, weshalb der eine als »Inkarnation« des proletarischen Emanzipationsgedankens geliebt, der andere als »Arbeiterkaiser« eher respektiert wurde? Besonders deutlich wird das »Sich-selbst-nicht-ganz-ernst-Nehmen« in der Darstellung seiner Beteiligung an der deutschen Revolution von 1848, insbesondere an der Reichsverfassungskampagne in Baden 1849, bei der sich Wilhelm Liebknecht nach eigenem Zeugnis bei jeder Gelegenheit den Führern eher »unnützlich als nützlich« machte. Dennoch gibt es auch ernste und ernstzunehmende Passagen in den Erinnerungssplittern; so beispielsweise, wenn Liebknecht über zwei Erlebnisse berichtet, die einen »tiefen, vielleicht für mein Leben bestimmenden Eindruck« (S. 35) gemacht haben. Dies ist einmal das Schicksal von Pfarrer Weidig, einem weitläufigen Verwandten, der 1835 wegen »demagogischer Umtriebe« verhaftet und nach zwei Jahren brutaler Untersuchungshaft in den Selbstmord getrieben wurde. Zum anderen handelt es sich um Sylvester Jordan, einen der Väter der kurhessischen Verfassung, der 1839 unschuldig im Marburger Schloß eingekerkert und von dem Studenten Wilhelm Liebknecht häufig »besucht« wurde. Darüber hinaus vermitteln die Erinnerungssplitter jenen — im allgemeinen schwer darzustellenden — »atmosphärischen Eindruck« der politischen Kirchhofruhe, wie sie in den deutschen Ländern vor 1848 herrschte und vor allem in bezug auf die junge Generation weitreichende Folgen hatte. »Der Gedanke, daß mir in Deutschland kein Wirkungskreis offenstehe«, erinnert sich der Arbeiterführer an seine Studienzeit, »verhinderte mich am methodischen Arbeiten, und ich studierte bald nicht mehr für einen bestimmten äußeren Zweck, sondern nur noch für mich selbst« (S. 64). Kein Wunder, daß Wilhelm Liebknecht den ausgetretenen Pfad seiner ehrwürdigen Vorfahren verließ und nicht »Akademiker«, sondern »Arbeiterführer« wurde.

Die Herausgabe der »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« ist für die Forschung und Lehre zweifelsohne eine Bereicherung, denn sie macht einem breiten Leserkreis Materialien zugänglich, die bisher nur schwer in den Zeitungsbeständen der Archive zu finden waren. Darüber hinaus ist auch die äußerliche Gestaltung des Sammelbandes mit ihren lustigen, den Text erläuternden Illustrationen recht ansprechend.

Helmut Trotnow

Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848—1893. Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, bearb. von Arno Herzig (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 22), Verlag Dokumentation, München 1976, 278 S., brosch., 28 DM.

Carl Wilhelm Tölcke, Korrespondenz aus den Jahren 1848—1893, hrsg. von Arno Herzig und Konrad Rosenthal, bearb. von Arno Herzig (= Beiträge zur Geschichte Iserlohns, Schriftenreihe Haus der Heimat, Bd. 16), Iserlohn 1977, 148 S., engl. brosch., 10 DM.

Außer über Lassalle selbst gibt es nur wenige neuere Arbeiten über die führenden Repräsentanten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins<sup>1</sup>. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß Arno Herzig durch diese beiden Quellensammlungen Carl Wilhelm Tölcke (1817—1893) der Vergessenheit entrissen hat. Der bereits an der Revolution von 1848/49 beteiligte Tölcke hatte nicht nur für die lokale Arbeiterbewegung seiner Heimatstädte Iserlohn und Dortmund sowie für die regionale des Ruhrgebiets große Bedeutung, sondern er gehörte ein Jahrzehnt (1865—1875) zur Führungsspitze des ADAV und war einer der Initiatoren der

<sup>1</sup> Über Hasselmann, den jahrelangen Gegenspieler Tölckes in der Führungsspitze des ADAV, erschien vor einigen Jahren eine kleinere Arbeit: *Günter Bers, Wilhelm Hasselmann, 1844—1916*, Köln 1973, vgl. Rez. in: AfS XIV, 1974, S. 675.

leicht einer der Gründe, weshalb der eine als »Inkarnation« des proletarischen Emanzipationsgedankens geliebt, der andere als »Arbeiterkaiser« eher respektiert wurde? Besonders deutlich wird das »Sich-selbst-nicht-ganz-ernst-Nehmen« in der Darstellung seiner Beteiligung an der deutschen Revolution von 1848, insbesondere an der Reichsverfassungskampagne in Baden 1849, bei der sich Wilhelm Liebknecht nach eigenem Zeugnis bei jeder Gelegenheit den Führern eher »unnützlich als nützlich« machte. Dennoch gibt es auch ernste und ernstzunehmende Passagen in den Erinnerungssplittern; so beispielsweise, wenn Liebknecht über zwei Erlebnisse berichtet, die einen »tiefen, vielleicht für mein Leben bestimmenden Eindruck« (S. 35) gemacht haben. Dies ist einmal das Schicksal von Pfarrer Weidig, einem weitläufigen Verwandten, der 1835 wegen »demagogischer Umtriebe« verhaftet und nach zwei Jahren brutaler Untersuchungshaft in den Selbstmord getrieben wurde. Zum anderen handelt es sich um Sylvester Jordan, einen der Väter der kurhessischen Verfassung, der 1839 unschuldig im Marburger Schloß eingekerkert und von dem Studenten Wilhelm Liebknecht häufig »besucht« wurde. Darüber hinaus vermitteln die Erinnerungssplitter jenen — im allgemeinen schwer darzustellenden — »atmosphärischen Eindruck« der politischen Kirchhofruhe, wie sie in den deutschen Ländern vor 1848 herrschte und vor allem in bezug auf die junge Generation weitreichende Folgen hatte. »Der Gedanke, daß mir in Deutschland kein Wirkungskreis offenstehe«, erinnert sich der Arbeiterführer an seine Studienzeit, »verhinderte mich am methodischen Arbeiten, und ich studierte bald nicht mehr für einen bestimmten äußeren Zweck, sondern nur noch für mich selbst« (S. 64). Kein Wunder, daß Wilhelm Liebknecht den ausgetretenen Pfad seiner ehrwürdigen Vorfahren verließ und nicht »Akademiker«, sondern »Arbeiterführer« wurde.

Die Herausgabe der »Erinnerungen eines Soldaten der Revolution« ist für die Forschung und Lehre zweifelsohne eine Bereicherung, denn sie macht einem breiten Leserkreis Materialien zugänglich, die bisher nur schwer in den Zeitungsbeständen der Archive zu finden waren. Darüber hinaus ist auch die äußerliche Gestaltung des Sammelbandes mit ihren lustigen, den Text erläuternden Illustrationen recht ansprechend.

Helmut Trotnow

Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848—1893. Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, bearb. von Arno Herzig (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 22), Verlag Dokumentation, München 1976, 278 S., brosch., 28 DM.

Carl Wilhelm Tölcke, Korrespondenz aus den Jahren 1848—1893, hrsg. von Arno Herzig und Konrad Rosenthal, bearb. von Arno Herzig (= Beiträge zur Geschichte Iserlohns, Schriftenreihe Haus der Heimat, Bd. 16), Iserlohn 1977, 148 S., engl. brosch., 10 DM.

Außer über Lassalle selbst gibt es nur wenige neuere Arbeiten über die führenden Repräsentanten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins<sup>1</sup>. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß Arno Herzig durch diese beiden Quellensammlungen Carl Wilhelm Tölcke (1817—1893) der Vergessenheit entrissen hat. Der bereits an der Revolution von 1848/49 beteiligte Tölcke hatte nicht nur für die lokale Arbeiterbewegung seiner Heimatstädte Iserlohn und Dortmund sowie für die regionale des Ruhrgebiets große Bedeutung, sondern er gehörte ein Jahrzehnt (1865—1875) zur Führungsspitze des ADAV und war einer der Initiatoren der

<sup>1</sup> Über Hasselmann, den jahrelangen Gegenspieler Tölckes in der Führungsspitze des ADAV, erschien vor einigen Jahren eine kleinere Arbeit: *Günter Bers, Wilhelm Hasselmann, 1844—1916*, Köln 1973, vgl. Rez. in: AfS XIV, 1974, S. 675.

Vereinigung der beiden Arbeiterparteien (ADAV und SDAP) im Jahre 1875. Nach der Einigung war er dann vor allem in der regionalen Arbeiterbewegung tätig.

Tölcke gehörte nicht zu den sozialdemokratischen Theoretikern. Nur eine längere Schrift von ihm ist heute noch von Bedeutung, die sich jedoch in erster Linie mit Organisationsfragen beschäftigt<sup>2</sup>. Er war mehr Parteiagitator und Parteijournalist als Parteischriftsteller. In der ersten der hier anzuzeigenden Dokumentationen will Herzig, wie schon der Titel besagt, »Presseberichte« von Tölcke zusammenstellen, die für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von 1848 bis 1893 von Bedeutung waren. Ganz konsequent kann er dabei nicht sein, er zieht auch einige Parteitagsanträge und einige Urteile von Zeitgenossen über Tölcke mit heran, um dessen Anteil an dieser Entwicklung noch besser zu dokumentieren.

Die Dokumentation bringt zunächst, in chronologischer Reihenfolge, einige Berichte Tölckes über seine Tätigkeit während der Revolutionszeit 1848—1850, dann über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Westfalen (1865—1868), schließlich über die Entwicklung des ADAV und die Gründung der SDAP 1869. Die folgenden Kapitel sind dann nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert: Theorie des Sozialismus, Staat und Monarchie, Organisation und Agitation im ADAV, Einigung 1875, Gewerkschaftsbewegung. Es folgen noch eine Zeittafel, eine Literaturlauswahl sowie ein Personen- und Ortsregister.

Von besonderem Wert ist der Abdruck der Berichte Tölckes über die Generalversammlung des ADAV vom 28. — 31. März 1869 in Barmen (S. 57-93) und über die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes vom 23. — 26. Mai 1869 in Kassel (S. 240-253), da über beide Kongresse keine offiziellen Protokolle herausgegeben wurden und der »Social-Demokrat«, in dem diese Berichte zuerst erschienen, nicht in allzu vielen Bibliotheken ist. Leider macht es eine ungenügende Annotierung notwendig, für manche Spezialfragen doch zur Zeitung zu greifen. So weist Tölcke in seinem Bericht über die Barmer Generalversammlung darauf hin, daß über die vorgenommenen Statutenänderungen der Präsident des ADAV, Johann Baptist von Schweitzer, die Mitglieder bereits unterrichtet habe (S. 86), ohne daß Herzig die Leser darüber in einer Anmerkung näher aufklärt. Im ganzen ist aber der Abdruck des Berichts über die Barmer Generalversammlung korrekt, auch die wichtigsten Anträge druckt er mit ab, lediglich die Grußtelegramme läßt er fort. Dagegen läßt er beim Abdruck des Berichts über die Kasseler Generalversammlung nicht nur, was er anmerkt, die Grußtelegramme fort, sondern auch — sicherlich aus Versehen — Teile der Verhandlungsberichte<sup>3</sup>. Auch druckt er hier nicht die wichtigen Anträge mit ab.

Überhaupt ist der Teil der Dokumentation, der Tölckes Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung behandelt, sehr unbefriedigend. Er bringt außer den erwähnten Berichten über die Kasseler Generalversammlung lediglich einige Erlasse Tölckes als Präsident der Allgemeinen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter (1868/69) und einige Stellungnahmen zum Ruhrbergarbeiterstreik 1889. Tölckes gewerkschaftsfeindliche Äußerungen der Jahre 1872—1874 erwähnt Herzig nur in der kurzen und nicht sehr genauen Vorbemerkung zu diesem Kapitel, er belegt sie hier gar nicht<sup>4</sup>.

2 *Carl Wilhelm Tölcke*, Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, Berlin 1873.

3 Es handelt sich um den Bericht über den Schluß der allgemeinen Aussprache am 23. Mai: SD, Nr. 64 vom 4. 6. 1869, S. 3, und über den Beginn der Beratungen über die Anträge, die Statutenänderungen betrafen, am 24. Mai: SD, Nr. 68 vom 13. 6. 1869, S. 3. Offensichtlich hat Herzig beide Male übersehen, daß die jeweilige Fortsetzung des Berichts auf der nächsten Seite des »Social-Demokrat« nicht nur Begrüßungstelegramme enthält.

4 An einer anderen Stelle druckt er einen Teil von Tölckes wichtigem Artikel über Organisationsfragen ab (S. 211-213), ohne jedoch anzumerken, daß mit diesem Artikel sein Kampf gegen die Gewerkschaften begann.

So ist zu bedauern, daß eine an sich für die frühe Arbeiterbewegung wertvolle Dokumentation durch ihre sachlichen Mängel nicht voll überzeugen kann. Sie kann zwar wichtige Einblicke in die journalistische und organisatorische Tätigkeit eines führenden Funktionärs des ADAV geben, für den Historiker der Arbeiterbewegung ist aber ein Rückgriff auf die zitierten Quellen selbst notwendig.

Mit Tölckes Nachlaß ist auch seine umfangreiche *Korrespondenz* verlorengegangen. Nur wenige Briefe von und an ihn sind in anderen Nachlässen und in Polizeiakten erhalten geblieben. Dazu kommen Briefe, die er selbst oder seine Korrespondenzpartner veröffentlicht haben. Arno Herzig hat nun, zusammen mit Konrad Rosenthal, alle diese, soweit bekannt, noch vorhandenen Briefe und Brieffragmente in der zweiten der hier anzuzeigenden Dokumentationen herausgegeben. Nicht nur äußerlich ist diese Sammlung besser gemacht als die von »Tölckes Presseberichten«, dem für die Bearbeitung allein verantwortlichen Herzig muß man hier auch größere Sorgfalt hinsichtlich des Abdrucks der Briefe und der Annotierung bescheinigen.

Nicht für alle Etappen des Lebens von Tölcke sind Briefe erhalten geblieben. Die ersten 11 Briefe betreffen seine Tätigkeit während der Revolution 1848—1850, die nächsten 70 Briefe die Zeit von 1860—1869. Sie sind meist der Presse entnommen.

Einen größeren Quellenwert haben mehrere Briefe aus den Jahren 1874—1876, die Tölcke an die Parteiführung des ADAV bzw. die der Sozialistischen Arbeiterpartei richtete, um diesen aufgrund seiner Rechtskenntnisse — er war vor 1848 Gerichtsschreiber — Ratschläge zur Verhinderung eines Verbots der Partei aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes zu geben. Es handelt sich um die Erstveröffentlichung von Briefen, die aus Akten des Berliner Polizeipräsidiums stammen und heute im Staatsarchiv Potsdam liegen. Aus den letzten Lebensjahren Tölckes sind noch einige Briefe abgedruckt, die dieser an verschiedene Dortmunder Zeitungen schickte.

Zwar ist die Annotierung in der Briefsammlung sorgfältiger, doch würde man sich auch hier öfter zusätzliche Angaben wünschen. So druckt Herzig einige Briefe Tölckes ab, die dieser als Sekretär des ADAV im Namen des Vereinspräsidenten schrieb, ohne die Antworten der Adressaten zu beachten, wenn diese an den Präsidenten Johann Baptist von Schweitzer selbst gerichtet waren<sup>5</sup>.

Solche Mängel sind sicherlich ärgerlich, mindern aber nur in geringem Maß den Wert der Briefsammlung. Beide Sammlungen werden nur durch kurze Vorbemerkungen eingeleitet und einen fast identischen »Lebenslauf« Tölckes ergänzt. Eine Analyse des Lebens und Wirkens von Carl Wilhelm Tölcke steht somit noch aus. Gerade die Lektüre der beiden Sammlungen läßt erkennen, daß eine solche Analyse einen wichtigen Beitrag für die noch sehr wenig erforschte Geschichte des ADAV nach 1869 leisten könnte.

Willy Albrecht

Adelheid Popp, *Jugend einer Arbeiterin*, hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977, 187 S., Hardcover, 14 DM.

Die Veröffentlichung von vielfach seit langem vergessenen Arbeiterlebenserinnerungen kann seit einigen Jahren auf weite Resonanz zählen, und so war es ein guter Gedanke, die 1909 erstmals erschienene Broschüre einer der Vorkämpferinnen der österreichischen Sozialdemo-

<sup>5</sup> So wird z. B. ein Brief Tölckes an den Gothaer Bevollmächtigten des ADAV, Nippoldt, aus dem »Demokratischen Wochenblatt« vom 3. 7. 1869 abgedruckt, nicht aber die Antwort Nippoldts, die dieser an Schweitzer selbst richtete (Demokratisches Wochenblatt, a.a.O.), zitiert oder wenigstens erwähnt.

So ist zu bedauern, daß eine an sich für die frühe Arbeiterbewegung wertvolle Dokumentation durch ihre sachlichen Mängel nicht voll überzeugen kann. Sie kann zwar wichtige Einblicke in die journalistische und organisatorische Tätigkeit eines führenden Funktionärs des ADAV geben, für den Historiker der Arbeiterbewegung ist aber ein Rückgriff auf die zitierten Quellen selbst notwendig.

Mit Tölckes Nachlaß ist auch seine umfangreiche *Korrespondenz* verlorengegangen. Nur wenige Briefe von und an ihn sind in anderen Nachlässen und in Polizeiakten erhalten geblieben. Dazu kommen Briefe, die er selbst oder seine Korrespondenzpartner veröffentlicht haben. Arno Herzig hat nun, zusammen mit Konrad Rosenthal, alle diese, soweit bekannt, noch vorhandenen Briefe und Brieffragmente in der zweiten der hier anzuzeigenden Dokumentationen herausgegeben. Nicht nur äußerlich ist diese Sammlung besser gemacht als die von »Tölckes Presseberichten«, dem für die Bearbeitung allein verantwortlichen Herzig muß man hier auch größere Sorgfalt hinsichtlich des Abdrucks der Briefe und der Annotierung bescheinigen.

Nicht für alle Etappen des Lebens von Tölcke sind Briefe erhalten geblieben. Die ersten 11 Briefe betreffen seine Tätigkeit während der Revolution 1848—1850, die nächsten 70 Briefe die Zeit von 1860—1869. Sie sind meist der Presse entnommen.

Einen größeren Quellenwert haben mehrere Briefe aus den Jahren 1874—1876, die Tölcke an die Parteiführung des ADAV bzw. die der Sozialistischen Arbeiterpartei richtete, um diesen aufgrund seiner Rechtskenntnisse — er war vor 1848 Gerichtsschreiber — Ratschläge zur Verhinderung eines Verbots der Partei aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes zu geben. Es handelt sich um die Erstveröffentlichung von Briefen, die aus Akten des Berliner Polizeipräsidiiums stammen und heute im Staatsarchiv Potsdam liegen. Aus den letzten Lebensjahren Tölckes sind noch einige Briefe abgedruckt, die dieser an verschiedene Dortmunder Zeitungen schickte.

Zwar ist die Annotierung in der Briefsammlung sorgfältiger, doch würde man sich auch hier öfter zusätzliche Angaben wünschen. So druckt Herzig einige Briefe Tölckes ab, die dieser als Sekretär des ADAV im Namen des Vereinspräsidenten schrieb, ohne die Antworten der Adressaten zu beachten, wenn diese an den Präsidenten Johann Baptist von Schweitzer selbst gerichtet waren<sup>5</sup>.

Solche Mängel sind sicherlich ärgerlich, mindern aber nur in geringem Maß den Wert der Briefsammlung. Beide Sammlungen werden nur durch kurze Vorbemerkungen eingeleitet und einen fast identischen »Lebenslauf« Tölckes ergänzt. Eine Analyse des Lebens und Wirkens von Carl Wilhelm Tölcke steht somit noch aus. Gerade die Lektüre der beiden Sammlungen läßt erkennen, daß eine solche Analyse einen wichtigen Beitrag für die noch sehr wenig erforschte Geschichte des ADAV nach 1869 leisten könnte.

Willy Albrecht

Adelheid Popp, *Jugend einer Arbeiterin*, hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977, 187 S., Hardcover, 14 DM.

Die Veröffentlichung von vielfach seit langem vergessenen Arbeiterlebenserinnerungen kann seit einigen Jahren auf weite Resonanz zählen, und so war es ein guter Gedanke, die 1909 erstmals erschienene Broschüre einer der Vorkämpferinnen der österreichischen Sozialdemo-

<sup>5</sup> So wird z. B. ein Brief Tölckes an den Gothaer Bevollmächtigten des ADAV, Nippoldt, aus dem »Demokratischen Wochenblatt« vom 3. 7. 1869 abgedruckt, nicht aber die Antwort Nippoldts, die dieser an Schweitzer selbst richtete (Demokratisches Wochenblatt, a.a.O.), zitiert oder wenigstens erwähnt.

kratie, Adelheid Popp, neu aufzulegen. Im Gegensatz zu manchen anderen Erinnerungen ist die Niederschrift dieser Autorin wirklich populär gewesen, d. h. auch gelesen worden, wozu das Vorwort von August Bebel mit beigetragen haben mag. Die vorliegende, von Hans J. Schütz besorgte und etwas knapp eingeleitete (S. 7-15) Publikation faßt zwei Broschüren zusammen: »Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin« nach der 4. Auflage (1922) (S. 21-96) und die »Erinnerungen« (erstmalig 1915) (S. 99-187). Beide Texte werden in einem wortwörtlichen, wenn auch nicht seitengleichen, und unkommentierten Abdruck wiedergegeben. Die Einleitung bietet einige biographische Daten zur Person der Autorin und versucht, die Ausführungen von Adelheid Popp in den Kontext der sozialdemokratischen Erinnerungspublizistik einzuordnen. Um die Wirkungsgeschichte der vorliegenden Erinnerungen besser würdigen zu können, wäre eine Bibliographie aller erschienenen Auflagen — auch der fremdsprachigen — erwünscht gewesen. Mit dem erneuten, vollständigen Abdruck der Jugenderlebnisse von Adelheid Popp wird ein signifikantes Dokument des Selbstverständnisses von Arbeitern im 19. Jahrhundert wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Günter Bers

Dietrich Möller, Revolutionär, Intrigant, Diplomat. Karl Radek in Deutschland, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976, 303 S., Pb., 29,50 DM.

Unter diesem reißerischen Titel wird ein Buch angeboten, das auf mehr als zwei Dritteln seines Umfanges Ausschnitte aus Karl Radeks<sup>1</sup> reicher publizistischer Tätigkeit zum Thema Deutschland und deutsche Arbeiterbewegung präsentiert<sup>2</sup>. Mit drei Ausnahmen, die Jahre 1933/34 betreffend, handelt es sich um Auszüge aus Zeitungsartikeln, Zeitschriftenaufsätzen und Broschüren aus den Jahren 1909—1924. In dieser Zeit lag das Hauptarbeitsgebiet dieses brillanten Publizisten und raffinierten Taktikers in dem nach damaligem Verständnis wichtigsten Land für die revolutionäre Weltbewegung. Zunächst engagierte er sich, vornehmlich von Bremen aus, für den linken Flügel der SPD; seit 1918/19 war er als Abgesandter der Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale maßgeblich beteiligt an der Umgestaltung der KPD von einer unbedeutenden, in sich zerstrittenen politischen Sekte zu einer schlagkräftigen Massenpartei. Radeks zweites Tätigkeitsfeld lag auf außenpolitischem Gebiet. Gemäß der viel zitierten Zweigleisigkeit sowjetischer Politik bereitete er seit der Zeit seines berühmten »politischen Salons« im Gefängnis Berlin-Moabit<sup>3</sup> mit Weitblick und Konsequenz die Bahnen für ein Zusammengehen der beiden Ausgestoßenen des Versailler Systems, des jungen Sowjetstaates und des Deutschen Reiches. Anfang 1922 führte er unter dem Decknamen »Römer« mit dem Auswärtigen Amt die Vorverhandlungen zum Rapallo-Vertrag<sup>4</sup>. Durch die Propagierung von »Einheitsfront«, »Arbeiterregierung« und der sog. »Schlageter-Linie« wurde diese Politik auf der Parteiebene abgesichert.

Die für das vorliegende Buch ausgewählten Radek-Texte dokumentieren diese Entwicklung und geben einen brauchbaren Querschnitt des meist weitverstreuten Materials. Die Möglichkeit, sich einen ersten Eindruck von den publizistischen Aktivitäten dieses Mannes zu ver-

1 Die bislang einzige Radek-Biographie stammt von einem amerikanischen Historiker: *Warren Lerner*, Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford 1970.

2 Auf die allgemein übliche Praxis, in solchen Fällen als Herausgeber und nicht als Autor zu firmieren, wies bereits die Rezension von *F. J. Raddatz* (Die Zeit, 2. 9. 1977) hin.

3 Dazu ausführlich *Otto-Ernst Schüddekopf*, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte II, 1962, S. 87-166.

4 Vgl. dazu den Aufsatz von *Schieder* (Anm. 6).

kratie, Adelheid Popp, neu aufzulegen. Im Gegensatz zu manchen anderen Erinnerungen ist die Niederschrift dieser Autorin wirklich populär gewesen, d. h. auch gelesen worden, wozu das Vorwort von August Bebel mit beigetragen haben mag. Die vorliegende, von Hans J. Schütz besorgte und etwas knapp eingeleitete (S. 7-15) Publikation faßt zwei Broschüren zusammen: »Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin« nach der 4. Auflage (1922) (S. 21-96) und die »Erinnerungen« (erstmalig 1915) (S. 99-187). Beide Texte werden in einem wortwörtlichen, wenn auch nicht seitengleichen, und unkommentierten Abdruck wiedergegeben. Die Einleitung bietet einige biographische Daten zur Person der Autorin und versucht, die Ausführungen von Adelheid Popp in den Kontext der sozialdemokratischen Erinnerungspublizistik einzuordnen. Um die Wirkungsgeschichte der vorliegenden Erinnerungen besser würdigen zu können, wäre eine Bibliographie aller erschienenen Auflagen — auch der fremdsprachigen — erwünscht gewesen. Mit dem erneuten, vollständigen Abdruck der Jugenderlebnisse von Adelheid Popp wird ein signifikantes Dokument des Selbstverständnisses von Arbeitern im 19. Jahrhundert wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Günter Bers

Dietrich Möller, Revolutionär, Intrigant, Diplomat. Karl Radek in Deutschland, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1976, 303 S., Pb., 29,50 DM.

Unter diesem reißerischen Titel wird ein Buch angeboten, das auf mehr als zwei Dritteln seines Umfanges Ausschnitte aus Karl Radeks<sup>1</sup> reicher publizistischer Tätigkeit zum Thema Deutschland und deutsche Arbeiterbewegung präsentiert<sup>2</sup>. Mit drei Ausnahmen, die Jahre 1933/34 betreffend, handelt es sich um Auszüge aus Zeitungsartikeln, Zeitschriftenaufsätzen und Broschüren aus den Jahren 1909—1924. In dieser Zeit lag das Hauptarbeitsgebiet dieses brillanten Publizisten und raffinierten Taktikers in dem nach damaligem Verständnis wichtigsten Land für die revolutionäre Weltbewegung. Zunächst engagierte er sich, vornehmlich von Bremen aus, für den linken Flügel der SPD; seit 1918/19 war er als Abgesandter der Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale maßgeblich beteiligt an der Umgestaltung der KPD von einer unbedeutenden, in sich zerstrittenen politischen Sekte zu einer schlagkräftigen Massenpartei. Radeks zweites Tätigkeitsfeld lag auf außenpolitischem Gebiet. Gemäß der viel zitierten Zweigleisigkeit sowjetischer Politik bereitete er seit der Zeit seines berühmten »politischen Salons« im Gefängnis Berlin-Moabit<sup>3</sup> mit Weitblick und Konsequenz die Bahnen für ein Zusammengehen der beiden Ausgestoßenen des Versailler Systems, des jungen Sowjetstaates und des Deutschen Reiches. Anfang 1922 führte er unter dem Decknamen »Römer« mit dem Auswärtigen Amt die Vorverhandlungen zum Rapallo-Vertrag<sup>4</sup>. Durch die Propagierung von »Einheitsfront«, »Arbeiterregierung« und der sog. »Schlageter-Linie« wurde diese Politik auf der Parteiebene abgesichert.

Die für das vorliegende Buch ausgewählten Radek-Texte dokumentieren diese Entwicklung und geben einen brauchbaren Querschnitt des meist weitverstreuten Materials. Die Möglichkeit, sich einen ersten Eindruck von den publizistischen Aktivitäten dieses Mannes zu ver-

1 Die bislang einzige Radek-Biographie stammt von einem amerikanischen Historiker: *Warren Lerner*, Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford 1970.

2 Auf die allgemein übliche Praxis, in solchen Fällen als Herausgeber und nicht als Autor zu firmieren, wies bereits die Rezension von *F. J. Raddatz* (Die Zeit, 2. 9. 1977) hin.

3 Dazu ausführlich *Otto-Ernst Schüddekopf*, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahres 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte II, 1962, S. 87-166.

4 Vgl. dazu den Aufsatz von *Schieder* (Anm. 6).

schaffen, der einmal das »Sprachrohr des Weltkommunismus« genannt wurde, ist damit wesentlich leichter geworden. Zu bedauern bleibt, daß der Brief Radeks an die KPD-Zentrale vom 9. 1. 1919 auch hier wieder nur im relativ leicht zugänglichen Auszug wiedergegeben wird<sup>5</sup> und daß eine für die gesamte Kominternlinie der nächsten Jahre so zentrale Schrift wie »Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats« (geschrieben im November 1919) nicht vertreten ist. Für eine intensive Beschäftigung mit der Frühzeit der KPD und der Kommunistischen Internationale wird der Historiker wegen der starken Bruchstückhaftigkeit mancher hier nachgedruckten Schriften auch künftig auf die Originale zurückgreifen müssen. Das ausführliche Standortverzeichnis von Radek-Titeln in wissenschaftlichen Bibliotheken, das dem Bande beigegeben ist, ist dazu ausgesprochen hilfreich.

Vorangestellt ist der Edition eine 40 Seiten starke, flott geschriebene biographische Skizze. In ihrer streckenweise stark verkürzenden Darstellung und in weitgehender Unkenntnis der zu diesem Thema nicht nur in den letzten Jahren erschienenen Forschungen<sup>6</sup> kann sie ihrem Gegenstand in mancher Hinsicht nicht gerecht werden. Als Beispiel sei hier nur darauf hingewiesen, daß eine so wesentliche Unternehmung Karl Radeks in Deutschland wie die Ausschaltung des KPD-Vorsitzenden Paul Levi nicht einmal erwähnt wird.

Marie-Luise Goldbach

Eduard Heimann, Sozialismus im Wandel der modernen Gesellschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis des Sozialismus. Ein Erinnerungsband, hrsg. und eingel. von Heinz-Dietrich Ortlieb (= Internationale Bibliothek, Bd. 77), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975. XIV, 186 S., brosch., 15 DM.

Der größere Teil der Bemühungen um eine theoretische Neubesinnung und konzeptionelle Konkretisierung des Demokratischen Sozialismus, die in der Weimarer Republik mit zum Teil beträchtlichem Erfolg unternommen worden sind, ist gegenwärtig im Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus nicht mehr bewußt aufgenommen. Zwar haben die Ergebnisse jener Bemühungen vor allem auf staats- und wirtschaftstheoretischem sowie auf geschichtsphilosophischem Gebiet die theoretischen Vorarbeiten zum Godesberger Programm entscheidend geprägt; in die Nachgodesberger Theoriediskussion der Sozialdemokratie sind sie indessen so gut wie nicht eingegangen. Mit dem Ausscheiden jener Hauptakteure der Vorgodesberger Theoriediskussion, die wie Eichler, Weisser, Deist, Erler, Arndt u. a. in ihrer eigenen Person die Bürgschaft für das Fortwirken der Weimarer theoretischen Errungenschaften darstellten, ist diese Tradition so gut wie gänzlich abgerissen. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, daß auf staatstheoretischem, wirtschaftskonzeptionellem und arbeitsrechtlichem Gebiet den sozialistischen Theoretikern in der Weimarer Republik, allen voran *Hermann Heller*, *Hugo Sinzheimer*, *Gustav Radbruch*, *Fritz Naphtali* u. a., ein Maß an Klärung der Grundsatzpositionen gelungen ist, das in den Nachgodesberger Versuchen einer

<sup>5</sup> Der gesamte Brief findet sich in russischer Übersetzung in *Karl Radek*, *Germanskaja Revoljucija*. Sbornik statej, Moskau/Leningrad 1925, Bd. 2, S. 95.

<sup>6</sup> Darunter vor allem: *Richard Löwenthal*, *The Bolshevization of the Spartacus League*, in: *St. Anthony's Papers IX*, 1960, S. 23-71; *Werner T. Angress*, *Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921—1923*, Princeton N.J. 1963; *Theodor Schieder*, *Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages*, in: *Historische Zeitschrift* 204, 1967, S. 545-609; *Arnold Reisberg*, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktions-einheit in Deutschland 1921—1922*, 2 Bde., Berlin [DDR] 1971; *Marie-Luise Goldbach*, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918—1923*, Bonn-Bad Godesberg 1973.

schaffen, der einmal das »Sprachrohr des Weltkommunismus« genannt wurde, ist damit wesentlich leichter geworden. Zu bedauern bleibt, daß der Brief Radeks an die KPD-Zentrale vom 9. 1. 1919 auch hier wieder nur im relativ leicht zugänglichen Auszug wiedergegeben wird<sup>5</sup> und daß eine für die gesamte Kominternlinie der nächsten Jahre so zentrale Schrift wie »Die Entwicklung der Weltrevolution und die Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats« (geschrieben im November 1919) nicht vertreten ist. Für eine intensive Beschäftigung mit der Frühzeit der KPD und der Kommunistischen Internationale wird der Historiker wegen der starken Bruchstückhaftigkeit mancher hier nachgedruckten Schriften auch künftig auf die Originale zurückgreifen müssen. Das ausführliche Standortverzeichnis von Radek-Titeln in wissenschaftlichen Bibliotheken, das dem Bande beigegeben ist, ist dazu ausgesprochen hilfreich.

Vorangestellt ist der Edition eine 40 Seiten starke, flott geschriebene biographische Skizze. In ihrer streckenweise stark verkürzenden Darstellung und in weitgehender Unkenntnis der zu diesem Thema nicht nur in den letzten Jahren erschienenen Forschungen<sup>6</sup> kann sie ihrem Gegenstand in mancher Hinsicht nicht gerecht werden. Als Beispiel sei hier nur darauf hingewiesen, daß eine so wesentliche Unternehmung Karl Radeks in Deutschland wie die Ausschaltung des KPD-Vorsitzenden Paul Levi nicht einmal erwähnt wird.

Marie-Luise Goldbach

Eduard Heimann, Sozialismus im Wandel der modernen Gesellschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis des Sozialismus. Ein Erinnerungsband, hrsg. und eingel. von Heinz-Dietrich Ortlieb (= Internationale Bibliothek, Bd. 77), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975. XIV, 186 S., brosch., 15 DM.

Der größere Teil der Bemühungen um eine theoretische Neubesinnung und konzeptionelle Konkretisierung des Demokratischen Sozialismus, die in der Weimarer Republik mit zum Teil beträchtlichem Erfolg unternommen worden sind, ist gegenwärtig im Selbstverständnis des Demokratischen Sozialismus nicht mehr bewußt aufgenommen. Zwar haben die Ergebnisse jener Bemühungen vor allem auf staats- und wirtschaftstheoretischem sowie auf geschichtsphilosophischem Gebiet die theoretischen Vorarbeiten zum Godesberger Programm entscheidend geprägt; in die Nachgodesberger Theoriediskussion der Sozialdemokratie sind sie indessen so gut wie nicht eingegangen. Mit dem Ausscheiden jener Hauptakteure der Vorgodesberger Theoriediskussion, die wie Eichler, Weisser, Deist, Erler, Arndt u. a. in ihrer eigenen Person die Bürgschaft für das Fortwirken der Weimarer theoretischen Errungenschaften darstellten, ist diese Tradition so gut wie gänzlich abgerissen. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, daß auf staatstheoretischem, wirtschaftskonzeptionellem und arbeitsrechtlichem Gebiet den sozialistischen Theoretikern in der Weimarer Republik, allen voran *Hermann Heller*, *Hugo Sinzheimer*, *Gustav Radbruch*, *Fritz Naphtali* u. a., ein Maß an Klärung der Grundsatzpositionen gelungen ist, das in den Nachgodesberger Versuchen einer

<sup>5</sup> Der gesamte Brief findet sich in russischer Übersetzung in *Karl Radek*, *Germanskaja Revoljucija*. Sbornik statej, Moskau/Leningrad 1925, Bd. 2, S. 95.

<sup>6</sup> Darunter vor allem: *Richard Löwenthal*, *The Bolshevization of the Spartacus League*, in: *St. Anthony's Papers IX*, 1960, S. 23-71; *Werner T. Angress*, *Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921—1923*, Princeton N.J. 1963; *Theodor Schieder*, *Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages*, in: *Historische Zeitschrift* 204, 1967, S. 545-609; *Arnold Reisberg*, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktions-einheit in Deutschland 1921—1922*, 2 Bde., Berlin [DDR] 1971; *Marie-Luise Goldbach*, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1918—1923*, Bonn-Bad Godesberg 1973.

theoretischen Selbstverständigung des Demokratischen Sozialismus oft nicht wieder erreicht werden konnte. An dieser Tradition auf breiterer Front wieder anzuknüpfen, wäre eine lohnende Aufgabe sowohl für die Geschichtswissenschaft als auch für die sozialdemokratische Bewegung.

Einer derjenigen Theoretiker aus der Weimarer Zeit, für den dies in mehrfacher Hinsicht gilt, ist Eduard Heimann. Er hat als Theoretiker der Reform, als Mitbegründer des Gedankens einer sozialistischen Marktwirtschaft und als religiöser Sozialist eine Fülle theoretischer Ausarbeitungen vorgelegt, die auch gegenwärtig von zum Teil erheblichem Gewicht sind. Er gehörte zu denjenigen sozialistischen Theoretikern, die sich noch mit der ganzen Breite der Themen sozialistischer Theoriebildung befaßten, wie sie von Marx und Lassalle vorgegeben war. Sein Denken war auf geschichtsphilosophischem Gebiet ebenso zu Hause wie auf sozialphilosophischem, soziologischem oder wirtschaftswissenschaftlichem. Insofern ist sein Denken einer der letzten großen Versuche, den Sozialismus in einen umfassenden sozialwissenschaftlichen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Der vorliegende, von Heinz-Dietrich Ortlieb herausgegebene Sammelband ist eine verdienstvolle Erinnerung an den Denker Eduard Heimann und eine gute Einführung in dessen Gesamtwerk. Dies gilt sowohl für Ortliebs einführenden Essay »Eduard Heimann, Sozialökonom, Sozialist und Christ — Ein Nachruf« wie für die Auswahl der Heimannschen Texte, die ein Lebenswerk von vier Jahrzehnten umspannen.

Was an Heimanns Denken beeindruckt, ist zunächst die Tatsache, daß er in einer produktiven Auseinandersetzung mit dem Marxschen Erbe, das in jenen Jahren in der Sozialdemokratie zwar noch immer gehütet, aber kaum noch fruchtbar gemehrt wurde, zu Positionen gelangt, die aus ähnlichen Grundüberlegungen, wie Marx selbst sie angestellt hat, zu häufig ganz anderen, zeitgemäßerem Schlußfolgerungen kommt. Dies gilt insbesondere für die Frage der Sozialisierung und das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Produktionsmitteleigentum. Entgegen der seinerzeit geläufigen erstarrten Formel, derzufolge Sozialisierung Enteignung bedeute, erinnert Heimann an den ursprünglichen Sinn dieses Konzepts. »Die Arbeit soll unter der Verantwortung der Arbeitenden selbst frei und sinnvoll gestaltet werden; sie soll andererseits dem Menschen das Mindestmaß an Gütern bringen, das zu einer sinnvollen Gestaltung des Lebens außerhalb der Arbeit erforderlich ist; und sie soll schließlich nicht nur freiheitlich, sondern auch dauerhaft organisiert, vor der periodischen Krise bewahrt werden. Die Bedingung für alles dieses heißt Sozialisierung« (S. 31), schreibt Heimann 1930. Durch seine Rückbesinnung auf den auch bei Marx selbst gemeinten sozialphilosophischen und politökonomischen Sinn der sozialistischen Sozialisierungsforderung gelangt er zu der sein gesamtes Frühwerk beherrschenden Idee, daß das Ziel aller sozialistischen Gesellschaftsveränderung die Verwirklichung der »sozialen Freiheit« sein müsse (S. 50). Heimann zufolge ist es jederzeit eine erfahrungsoffene Frage, durch welche Institutionen man in einer gegebenen historischen Lage diesem Ziel am nächsten kommen kann. Es ist dieser »institutionelle Pragmatismus« (S. 149), der das Grundkonzept von Heimanns Theorie der sozialistischen Reform darstellt.

In seinem Werk »Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik« von 1929 hat Heimann dargelegt, wie eine zielgerechte Sozialpolitik als sozialistische Transformation des Kapitalismus wirken kann, wenn sie schrittweise Strukturen in den Kapitalismus einbaut, die nicht mehr dessen Prinzipien der Profitmaximierung und der Herrschaft über die Arbeit dienen, sondern der sozialen Befreiung der Arbeit. Auf diesem Wege verändert Reformpolitik durch einen schrittweisen Umbau der problematischen Systemstrukturen die bestehende kapitalistische Ordnung wesentlich und ist der allein sinnvolle Weg zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Denn wenn einmal die »sonderbar kindliche Vorstellung, daß das Volk als ganzes die Wirtschaft leiten und überhaupt unmittelbar seine Geschicke lenken könne« (S. 39), überwunden ist, so zeigt es sich, daß die »wirtschafts- und sozialorganisatorischen Auf-

gaben« einer sozialistischen Produktionsstruktur ein erhebliches eigengewichtiges Problem sind. Seine Lösung erfordert den Aufbau einer vielgestaltigen Wirtschaftsordnung, denn eine bloße Überführung der kapitalistischen Monopolgebilde in Staatseigentum würde gerade nicht dem Volk selbst die Verfügung über die Wirtschaft verschaffen, sondern zu einer »Beamtenwirtschaft« (S. 37) führen. Eine solche staatsbürokratische Wirtschaft stellt, wie Heimann dem sowjetischen Beispiel entnehmen konnte, eben nicht die Verwirklichung des Sozialismus, sondern am Ende nur eine Auswechslung der Form der Herrschaft dar (S. 38). Für den Aufbau und den Betrieb einer freiheitlichen und zugleich produktiven Wirtschaftsordnung ist aber nicht nur die Suche nach neuen institutionellen Wegen entscheidend, sondern ebenso sehr die Befähigung der Arbeiter und Angestellten zur Lösung der dann anstehenden Selbstverwaltungsaufgaben, denn entgegen einem marxistischen Vorurteil sind »Umsturzwillen und Verelendung nicht gleichbedeutend mit Aufbaufähigkeit« (S. 60). Auch aus diesem Grunde ist daher ein schrittweiser Umbau des Kapitalismus nach sozialistischen Maßstäben die dem eigentlichen Sozialismusprinzip allein angemessene Vorgehensweise. Für eine solche reformerische Strukturveränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es Heimann zufolge keine Grenze (S. 161), es sei denn die Sozialisten selbst erlahmen in ihrem Veränderungswillen und tauschen ihre grundsätzlichen Ziele gegen die kleinen Verbesserungen ein.

Damit ist Heimanns Geschichtsphilosophie berührt. Für ihn vollzieht sich die Dialektik der Geschichte nur durch die Akte der menschlichen Freiheit hindurch. Daher kann es eine Garantie für den Sozialismus nicht geben. Aber es gibt die im Kapitalismus selbst hervorgebrachten Triebkräfte und Wegweisungen. Für eine angemessene geschichtliche Entwicklung kommt es darauf an, daß weder die objektive Notwendigkeit noch die Handlungsspielräume des Willens überschätzt werden. Sein Konzept einer geschichtlichen Dialektik wendet Heimann in doppelter Form auf Marx' eigenes Geschichtsverständnis an. Zum einen bedeute ein Ernstnehmen der dialektischen Erkenntnis, daß das Neue aus dem Alten hervorgeht, die Einsicht in die Angemessenheit der schrittweisen Gesellschaftsveränderung, in der das Alte umgebaut und überwunden wird. Zum anderen sei das Konzept eines kollektivistischen Sozialismus mit seiner revolutionären Perspektive, das Marx vorgeschwebt habe, selber erst die Antithese zum Kapitalismus gewesen. Die eigentliche sozialistische Synthese einer zugleich individuell freiheitlichen und gesellschaftlich gebundenen Gesellschaft habe sich demgegenüber historisch als Weg der Reform durchgesetzt. Wenn auch das Marxsche Konzept einer Notwendigkeit der gesellschaftlichen Totalumwandlung in der Frühzeit der Arbeiterbewegung als Triebkraft nicht unangemessen war, solange die Aufgabe der wirklichen gesellschaftlichen Umgestaltung noch nicht unmittelbar gestellt war, so habe sich doch das als direkte Gesellschaftsalternative formulierte Konzept von Marx im wirklichen Geschichtsprozeß vielmehr nur als das Korrektiv erwiesen, das zum Maßstab für einen schrittweisen gesellschaftlichen Umbau geworden ist. Heimann, der in Marx den Begründer einer sozialen Gesamtanalyse der Wirtschaftssysteme verehrt, kritisiert dessen Geschichtstheorie und Sozialismusperspektive als selber noch der kapitalistischen Überbetonung der Ökonomie verhaftet.

Zu einem der Wegbereiter der sozialdemokratischen Programmentwicklung ist Heimann zum einen durch seinen später von Heinrich Deist verfochtenen institutionellen Pragmatismus geworden, dem die Einsicht zugrunde lag, daß der eigentliche Feind der demokratischen Gesellschaft »nicht Eigentum, sondern unverantwortliche Macht, ob private oder öffentliche« (S. 149), ist. Diese Überlegung sowie seine genaue Analyse der eigentlichen sozialen Defizite einer kapitalistischen Wirtschaft führten ihn dann zum Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft, mit dem er einen bahnbrechenden Einfluß auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Wirtschaftskonzeption haben sollte. Ihm zufolge sind Markt und Kapitalismus »durchaus nicht dasselbe«. Wenn die sozialen Voraussetzungen verändert sowie die innerbetrieblichen Strukturen und die staatlichen Steuerkapazitäten erweitert werden, so

erweist sich die marktförmige Koordination der Produktionsentscheidungen mit der gesellschaftlichen Nachfrage vielmehr gerade als diejenige »wirtschaftsorganisatorische Leistung des Kapitalismus«, um die ihn der Sozialismus beerben muß. Denn der Markt ist ein »technisches« Steuerungsprinzip von »unersetzbarer Vollkommenheit und Billigkeit« (S. 43). Er erlaubt nicht nur die Vermeidung bürokratischer Machtzusammenballungen, sondern auch jene Entstehung einer Vielfalt von betriebswirtschaftlichen Organisationsformen, die allein der wirtschaftlichen Freiheit entspricht. Dabei dachte Heimann an »Konsumgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften; Gemeinde- und Staatsunternehmungen; autonome Korporationen [...] Stiftungen [...]« (S. 148) u. a. m. Die für einen solchen sozialistischen Markt erforderlichen Ergänzungen durch »nicht-totalitäre Planung« und »Arbeitsrecht« konnten nach Heimanns Überzeugung nur im Rahmen einer liberalen politischen Demokratie verwirklicht werden.

Neben seinen Gedanken über religiösen Sozialismus, die in jenen Jahren ein heute befremdendes Maß an jugendbewegter Gefühllichkeit und lebensphilosophischem Irrationalismus enthalten, waren es vor allem diese wirtschaftspolitischen Vorstellungen, mit denen Heimann als Mitherausgeber und Autor der »Neuen Blätter für den Sozialismus« ab 1930 für eine zeitgemäße geistige und programmatische Verjüngung der Sozialdemokratie arbeitete. In eindringlichen Analysen versuchte er seiner Partei klarzumachen, daß sie nicht durch ein pauschales Verdikt gegen jede Form von Produktionsmitteleigentum den industriellen und landwirtschaftlichen Mittelstand von sich abstoßen und in die Arme des Großkapitals oder sogar der nationalsozialistischen Bewegung treiben dürfe. Ebenso wenig dürfe die Partei auf ihren traditionellen Formeln beharren, wonach die Angestellten früher oder später schon merken würden, daß sie eigentlich in derselben Lage seien wie das Proletariat (S. 77). Die Tatsache, daß die Angestellten aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung ihre Abhängigkeit anders erfahren als das Proletariat, sollte im Programmverständnis der Sozialdemokratie einen deutlichen Niederschlag finden. Ebenso sollten gründlichere und zeitgemäßere Analysen zu der Erkenntnis führen, daß nicht jedes Produktionsmitteleigentum dem sozialistischen Ziel widerspreche, sondern nur jenes Großeigentum, das auf der Herrschaft über fremde Arbeit beruht. Kleineigentum, bei dem Eigentum und Arbeit identisch sind, widerspreche dem sozialistischen Ziel nicht nur nicht, sondern es sei auch als Bestandteil einer sozialistischen Marktwirtschaft ökonomisch unverzichtbar. Dies sich selber und nach außen klar zu machen, erschien Heimann als eine der dringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Daß es der Partei nicht gelang, für die sich entgegen ihren ursprünglichen Erwartungen differenzierenden sozialen Lebenslagen im entwickelten Kapitalismus das »konstruktive Einheitsprinzip« (S. 88) der sozialistischen Idee zu formulieren, erscheint in der ebenso brillanten wie knappen Faschismusanalyse Heimanns aus dem Jahre 1941, die der Band enthält, als eine der wesentlichen Ursachen für den Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland.

Die bis hierher zitierten Arbeiten Heimanns, die in den Sammelband aufgenommen worden sind, repräsentieren großenteils Erkenntnisse und Empfehlungen, die zwar noch nicht zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung, aber doch mit einer zeitlichen Verzögerung von der Sozialdemokratie in den fünfziger Jahren aufgenommen worden sind. Sie stellen in ihrem Gesamtzusammenhang eine theoretische Grundlage der modernen Konzeption des Demokratischen Sozialismus dar, wie er in der Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm endgültig zum Durchbruch gelangte.

Wenn wir gegenwärtig die mangelnde Traditionsbildung im Hinblick auf die sozialistische Theoriediskussion in der Weimarer Republik beklagen, der in gewissem Umfang auch das Werk von Heimann zum Opfer gefallen ist, so stimmt es besonders nachdenklich, daß schon Heimann selbst an Bernsteins Konzept eines konstruktiven Sozialismus nicht bewußt

anknüpft, obgleich er in entscheidenden Teilen seiner Reformismustheorie dessen Argumente weitergeführt hat.

Die drei letzten Aufsätze des Sammelbandes repräsentieren Heimanns Spätwerk, wie es vor allem in seinen Büchern »Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme« (1954), »Vernunftglaube und Religion« (1955) und »Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme« (1963) niedergelegt ist. Sie enthalten noch einmal klassische Formulierungen für eine Begründung der Wirtschaftspolitik des Demokratischen Sozialismus: »Ein sozialistischer Markt würde nicht durch autonome Wirtschaftskräfte auf der Suche nach Profit betrieben werden, sondern wäre in diesem sozialen Sinne »entkapitalisiert«, d. h., er würde den Kräften der Gesellschaft übergeben, die in so verschiedenen Formen wie möglich organisiert sind: Konsumgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften [...] und schließlich, aber nicht weniger bedeutungsvoll, Privatunternehmen, bei denen Konkurrenz, Arbeitsrecht und öffentliche Kontrolle der Expansionsmittel unverantwortlicher Macht Grenzen setzt. Wenn die demokratische Gesellschaft überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie Verantwortlichkeit der Macht; ihr Feind ist nicht Eigentum, sondern unverantwortliche Macht, ob private oder öffentliche« (S. 149).

Das Hauptmotiv seines Spätwerks, das zugleich eine Wendung darstellt, in der die Sozialdemokratie Heimann bis heute nicht in allen Konsequenzen hat folgen können, ist der Abkehr von einem Wirtschaftsverständnis gewidmet, das sich vorrangig an quantitativen Steigerungen und nicht an sozialer Sinngebung des Wirtschaftslebens orientiert. Es ist bemerkenswert, daß Heimann diese Wendung fast anderhalb Jahrzehnte früher vollzog als jene Gruppe von Wachstumskritikern innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie, die gegenwärtig auf eine Neubestimmung des Verhältnisses von Wirtschaft und Kultur bzw. Wirtschaft und Natur drängt. Bei Heimann selbst spielte allerdings nicht das Argument einer drohenden Naturzerstörung die Schlüsselrolle, sondern die Warnung vor einer Sinnentleerung des menschlichen Lebens durch eine Konzentration auf quantitative Wirtschaftserfolge allein.

Diese Kritik vollzieht Heimann im Rahmen einer grundlegenden Erörterung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft in der Gegenwart. Kennzeichen der modernen Wirtschaftssysteme im Unterschied zu den älteren ist ihm zufolge, daß sie nicht mehr in Zusammenhänge unmittelbarer sozialer Kontrolle eingebettet sind. Ohne Rücksicht auf die Folgen für andere grundlegende soziokulturelle Werte sind sie allein an der technischen Lösung des Problems einer ständigen Maximierung von Gütervorräten, Dienstleistungen und Einkommen ausgerichtet. In diesem technischen Sinne nennt Heimann die modernen Wirtschaftssysteme »rational« (S. 114). Die rationalen Wirtschaftssysteme sind den Sozialsystemen gegenüber autonom, so daß sich deren Gewohnheiten und Institutionen den Entwicklungsgesetzen der Wirtschaftssysteme ständig anpassen müssen (S. 120).

Die »Beherrschung der Zwecke durch die Mittel« (S. 123), die Loslösung der ökonomischen Rationalität von sozialer Kontrolle (S. 123) verwandelt aber notwendigerweise die Wirtschaftsautonomie in »Wirtschaftshegemonie« (S. 127). In diesem Sinne ist auch die kommunistische Wirtschaftsverfassung ein rationales System (S. 146). Sie stellt daher keine echte Alternative zum Kapitalismus dar, sondern unterliegt selber noch dessen eigentlichem Grundgesetz. Für Heimann kommt es entscheidend darauf an, daß der Demokratische Sozialismus nicht nur das rationale Wirtschaftssystem vervollständigt oder weiterführt, sondern es wieder einer unmittelbaren soziokulturellen Kontrolle unterwirft. Diesem Zweck soll sein »institutioneller Pragmatismus« dienen, der »nicht-totalitäre Planung« und »nicht-kapitalistischen Markt« so miteinander verbindet, daß das ganze Wirtschaftsleben unmittelbar sozialen Zielen unterworfen werden kann (S. 149). Im Arbeitsrecht sieht Heimann »eine wirkliche Brücke vom Kapitalismus zurück zur Kontrolle durch die Gesellschaft« (S. 149).

In seinen späteren Arbeiten fordert Heimann auf der Basis dieser Analyse aber eine noch

grundsätzlichere Neubesinnung. Mittlerweile sei das grundlegende Bedürfnis nach ausreichender Erzeugung des Notwendigen nämlich längst befriedigt und die dennoch beibehaltene Struktur einer expansiven Wirtschaft werde mehr und mehr zum Hemmnis eines sinnerfüllten menschlichen Lebens. Nunmehr erwachsen gerade aus der Beibehaltung der Struktur, mit der wir das alte Grundproblem gelöst haben, gravierende neue Probleme (S. 161). Die Arbeit gewährt keine Befriedigung mehr, und die Maximierung der Güterversorgung wird zu einem Selbstzweck, der die eigentlichen Werte des menschlichen Lebens verdrängt. »Nun ist aber Expansion vom Niveau des Elends zu dem der Sättigung eines, aber Expansion jenseits des Notwendigen in eine sich immer steigende Güterorgie hinein etwas ganz anderes; und doch sind sie technisch dasselbe, eine ungebrochene Linie. Umgekehrt, was wir technisch mit so großem Erfolg tun, treibt uns menschlich und sozial in die Absurdität [...]. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen; wir treiben in eine Krise, die allen bisher gekannten Krisen entgegengesetzt ist [...] Was uns fehlt, ist ein neues Bild des Lebens, das eine Demokratie anständigerweise für ihre Bürger wünschen muß, wo moralische, ästhetische und technische Überlegungen im Gleichgewicht sind. Das neue Problem erwächst aus der Struktur, mit der das alte Problem, das Güterproblem, so triumphierend gelöst worden ist [...]. Das neue Problem ist mit einem Wort das einzige und ewige Problem des Menschen, neu zu beginnen« (S. 162 f.), schrieb Heimann schon 1961. Dabei betont er zugleich aber auch ausdrücklich, daß es nicht darum zu tun sein kann, die Industriestruktur wieder abzubauen, mit der das Güterproblem so erfolgreich gelöst werden konnte. »Es handelt sich nicht um einen Rückzug, der das schwer Errungene preisgeben würde, sondern um die Fortsetzung des Weges in veränderter Richtung zu verändertem Ziel« (S. 178).

Dieser Band gibt also nicht nur höchst informative Einblicke in einen wichtigen Versuch der Grundlegung des Demokratischen Sozialismus, sondern eröffnet auf überraschende Weise mit dem Spätwerk Heimanns auch einen Ausblick auf eine Diskussion, mit der sich der Demokratische Sozialismus in der Zukunft noch sorgfältig zu beschäftigen haben wird.

Thomas Meyer

Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« 1836—1847. Ein Tagungsbericht, bearb. und hrsg. von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verb. mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk (= IWK-Beiheft 2), Colloquium Verlag, Berlin 1975, XV, 209 S., kart., 48 DM.

Gedruckte Tagungsberichte sind immer etwas problematisch und für den eigentlichen Adressaten, den Nichtteilnehmer, ebenso wie für die bemitleidenswerten Bearbeiter meist relativ unbefriedigend. Einmal gelingt es den Veranstaltern in den seltensten Fällen (in der Regel ohne eigenes Verschulden), ein wirklich abgerundetes und homogenes Programm zu erstellen, das in allen Bestandteilen publikationswert ist, zumal sich ein Teil der Referenten darauf zu beschränken pflegt, bereits vorliegende eigene Forschungsergebnisse noch einmal zusammenfassend oder modifiziert zu präsentieren, während andere Referenten einen direkten Einblick in ihren Forschungsprozeß gewähren. Ein zusätzliches Verunsicherungsmoment für den Nichtteilnehmer bringt das hier angewandte Verfahren mit sich, (statt einer streng sachlich gegliederten Zusammenfassung der im Anschluß an die Referate erfolgten Diskussion) die einzelnen Diskussionsbeiträge, von den Diskutanten nachträglich etwas überarbeitet, mehr oder minder wörtlich abzudrucken<sup>1</sup>. Die betreffenden Parteien erhalten dadurch

<sup>1</sup> Dies gilt erst recht angesichts der bereits publizierten Kurzfassung von Verlauf, Thesen und Ergebnissen dieser Tagung: Otto Büsch, Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Internationale Arbeitstagung der Historischen Kommission zu Berlin, in: AHF. Jahrbuch der historischen Forschung, Jg. 1974, S. 74-78.

grundsätzlichere Neubesinnung. Mittlerweile sei das grundlegende Bedürfnis nach ausreichender Erzeugung des Notwendigen nämlich längst befriedigt und die dennoch beibehaltene Struktur einer expansiven Wirtschaft werde mehr und mehr zum Hemmnis eines sinnerfüllten menschlichen Lebens. Nunmehr erwachsen gerade aus der Beibehaltung der Struktur, mit der wir das alte Grundproblem gelöst haben, gravierende neue Probleme (S. 161). Die Arbeit gewährt keine Befriedigung mehr, und die Maximierung der Güterversorgung wird zu einem Selbstzweck, der die eigentlichen Werte des menschlichen Lebens verdrängt. »Nun ist aber Expansion vom Niveau des Elends zu dem der Sättigung eines, aber Expansion jenseits des Notwendigen in eine sich immer steigende Güterorgie hinein etwas ganz anderes; und doch sind sie technisch dasselbe, eine ungebrochene Linie. Umgekehrt, was wir technisch mit so großem Erfolg tun, treibt uns menschlich und sozial in die Absurdität [...]. Das kann auf die Dauer nicht gutgehen; wir treiben in eine Krise, die allen bisher gekannten Krisen entgegengesetzt ist [...] Was uns fehlt, ist ein neues Bild des Lebens, das eine Demokratie anständigerweise für ihre Bürger wünschen muß, wo moralische, ästhetische und technische Überlegungen im Gleichgewicht sind. Das neue Problem erwächst aus der Struktur, mit der das alte Problem, das Güterproblem, so triumphierend gelöst worden ist [...]. Das neue Problem ist mit einem Wort das einzige und ewige Problem des Menschen, neu zu beginnen« (S. 162 f.), schrieb Heimann schon 1961. Dabei betont er zugleich aber auch ausdrücklich, daß es nicht darum zu tun sein kann, die Industriestruktur wieder abzubauen, mit der das Güterproblem so erfolgreich gelöst werden konnte. »Es handelt sich nicht um einen Rückzug, der das schwer Errungene preisgeben würde, sondern um die Fortsetzung des Weges in veränderter Richtung zu verändertem Ziel« (S. 178).

Dieser Band gibt also nicht nur höchst informative Einblicke in einen wichtigen Versuch der Grundlegung des Demokratischen Sozialismus, sondern eröffnet auf überraschende Weise mit dem Spätwerk Heimanns auch einen Ausblick auf eine Diskussion, mit der sich der Demokratische Sozialismus in der Zukunft noch sorgfältig zu beschäftigen haben wird.

Thomas Meyer

Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« 1836—1847. Ein Tagungsbericht, bearb. und hrsg. von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verb. mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika und Wolfgang Wölk (= IWK-Beiheft 2), Colloquium Verlag, Berlin 1975, XV, 209 S., kart., 48 DM.

Gedruckte Tagungsberichte sind immer etwas problematisch und für den eigentlichen Adressaten, den Nichtteilnehmer, ebenso wie für die bemitleidenswerten Bearbeiter meist relativ unbefriedigend. Einmal gelingt es den Veranstaltern in den seltensten Fällen (in der Regel ohne eigenes Verschulden), ein wirklich abgerundetes und homogenes Programm zu erstellen, das in allen Bestandteilen publikationswert ist, zumal sich ein Teil der Referenten darauf zu beschränken pflegt, bereits vorliegende eigene Forschungsergebnisse noch einmal zusammenfassend oder modifiziert zu präsentieren, während andere Referenten einen direkten Einblick in ihren Forschungsprozeß gewähren. Ein zusätzliches Verunsicherungsmoment für den Nichtteilnehmer bringt das hier angewandte Verfahren mit sich, (statt einer streng sachlich gegliederten Zusammenfassung der im Anschluß an die Referate erfolgten Diskussion) die einzelnen Diskussionsbeiträge, von den Diskutanten nachträglich etwas überarbeitet, mehr oder minder wörtlich abzudrucken<sup>1</sup>. Die betreffenden Parteien erhalten dadurch

<sup>1</sup> Dies gilt erst recht angesichts der bereits publizierten Kurzfassung von Verlauf, Thesen und Ergebnissen dieser Tagung: Otto Büsch, Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Internationale Arbeitstagung der Historischen Kommission zu Berlin, in: AHF. Jahrbuch der historischen Forschung, Jg. 1974, S. 74-78.

einen höchst disparaten, unsystematischen Charakter, der es dem Leser bisweilen sehr erschwert, einzelne Aussagen zu gewichten. Mancher in der Diskussion vorgebrachte und in diesem Augenblick durchaus begrüßenswerte Einwand ist zudem nicht so schwerwiegend, daß er unbedingt gedruckt werden müßte.

Die Historische Kommission zu Berlin hat eine ganze Reihe internationaler Spezialisten zur Geschichte der frühsozialistischen Bünde zusammengeführt, um — laut Obertitel — deren Rolle und Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung zu klären, ein Ziel, das allerdings in diesem Band nur gelegentlich problematisiert wird. Die Referate des ersten Tages waren vorwiegend demographisch-statistischen (allgemein: *Jacques Grandjonc*, Die deutsche Binnenwanderung in Europa bis 1848, S. 3-20<sup>2</sup>; lokal eingegrenzt: *Francis Sartorius*, Die politische, wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Deutschen in Brüssel 1842 bis 1850, S. 20-31) sowie organisations- und ideengeschichtlichen Fragen gewidmet (*Ernst Schraepler*, Geheimbünde und die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz, S. 51-60<sup>3</sup>; *Sblomo Na'aman*, Zum Kontinuitätsproblem der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung der I. Internationale, S. 60-67, das einzige Referat, das das im Obertitel ausgedrückte Tagungsthema wirklich konkretisierte<sup>4</sup>). Mit Ausnahme des Kurzreferats von *Jean Sengers* (Die Bedingungen für eine sozialistische Betätigung der Deutschen in Brüssel, S. 157-161) untersuchten die Vorträge des zweiten Tages ideologiegeschichtliche Probleme (*J. Grandjonc*, Ideologische Auseinandersetzungen im »Bund der Gerechten«, S. 81-94; *Frolinde Balsler*, Zur »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte«, S. 94-98; *Walter Grab*, Wilhelm Friedrich Schulz [1797—1860], S. 98-135, ein das Thema etwas sprengender bio-bibliographischer Abriss des zu Unrecht fast vergessenen bürgerlichen Freiheitskämpfers; *Horst Lademacher*, Voluntarismus im Frühsozialismus — am Beispiel von Moses Hess, S. 136-141). *Hans Pelger* schließlich analysiert in seinem mit Dokumenten versehenen Beitrag »Einige Bemerkungen zu Marx' »Misère de la Philosophie« von 1847« (S. 161-184) einige Probleme der Entstehungsgeschichte dieses gegen Proudhon gerichteten Werkes<sup>5</sup>.

Wenn auch die Gesamtkomposition des vorliegenden Bandes nicht vollauf befriedigt, so wird der interessierte Laie ebenso wie der Fachmann einzelne Beiträge mit Gewinn lesen und für sich fruchtbar machen.

Dieter Dowe

Jochen Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 130), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1977, 290 S., kart., 36 DM.

Ausgehend von der Annahme, daß die Publizistik der Arbeiterbewegung deren Aufstieg wesentlich mitbewirkt hat, untersucht Jochen Loreck die publizistische Konzeption der SPD vor 1914 und deren Wirkung auf ihre Adressaten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

2 Vgl., wesentlich breiter angelegt, *Jacques Grandjonc*, *Éléments statistiques pour une étude de l'immigration étrangère en France de 1830 à 1851*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XV, 1975, S. 211—300.

3 Vgl. seine umfangreiche Studie: *Ernst Schraepler*, *Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853*, Berlin/New York 1972.

4 Siehe im übrigen: *Sblomo Na'aman*, *Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63*, Wiesbaden 1969, und *ders.* unter Mitw. von *H.-P. Harstick*, *Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63*, Assen 1975.

5 Vgl. neuerdings *Karl Marx*, *Das Elend der Philosophie*. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«. Nach der deutschen Übersetzung von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Friedrich Engels neu hrsg. mit Kommentar und Annotationen von *Hans Pelger*, Berlin/Bonn 1979.

einen höchst disparaten, unsystematischen Charakter, der es dem Leser bisweilen sehr erschwert, einzelne Aussagen zu gewichten. Mancher in der Diskussion vorgebrachte und in diesem Augenblick durchaus begrüßenswerte Einwand ist zudem nicht so schwerwiegend, daß er unbedingt gedruckt werden müßte.

Die Historische Kommission zu Berlin hat eine ganze Reihe internationaler Spezialisten zur Geschichte der frühsozialistischen Bünde zusammengeführt, um — laut Obertitel — deren Rolle und Bedeutung in der deutschen Arbeiterbewegung zu klären, ein Ziel, das allerdings in diesem Band nur gelegentlich problematisiert wird. Die Referate des ersten Tages waren vorwiegend demographisch-statistischen (allgemein: *Jacques Grandjonc*, Die deutsche Binnenwanderung in Europa bis 1848, S. 3-20<sup>2</sup>; lokal eingegrenzt: *Francis Sartorius*, Die politische, wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Deutschen in Brüssel 1842 bis 1850, S. 20-31) sowie organisations- und ideengeschichtlichen Fragen gewidmet (*Ernst Schraepler*, Geheimbünde und die Anfänge einer deutschen Arbeiterbewegung im Vormärz, S. 51-60<sup>3</sup>; *Shlomo Na'aman*, Zum Kontinuitätsproblem der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung der I. Internationale, S. 60-67, das einzige Referat, das das im Obertitel ausgedrückte Tagungsthema wirklich konkretisierte<sup>4</sup>). Mit Ausnahme des Kurzreferats von *Jean Sengers* (Die Bedingungen für eine sozialistische Betätigung der Deutschen in Brüssel, S. 157-161) untersuchten die Vorträge des zweiten Tages ideologiegeschichtliche Probleme (*J. Grandjonc*, Ideologische Auseinandersetzungen im »Bund der Gerechten«, S. 81-94; *Frolinde Balsler*, Zur »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte«, S. 94-98; *Walter Grab*, Wilhelm Friedrich Schulz [1797—1860], S. 98-135, ein das Thema etwas sprengender bio-bibliographischer Abriß des zu Unrecht fast vergessenen bürgerlichen Freiheitskämpfers; *Horst Lademacher*, Voluntarismus im Frühsozialismus — am Beispiel von Moses Hess, S. 136-141). *Hans Pelger* schließlich analysiert in seinem mit Dokumenten versehenen Beitrag »Einige Bemerkungen zu Marx' »Misère de la Philosophie« von 1847« (S. 161-184) einige Probleme der Entstehungsgeschichte dieses gegen Proudhon gerichteten Werkes<sup>5</sup>.

Wenn auch die Gesamtkomposition des vorliegenden Bandes nicht vollauf befriedigt, so wird der interessierte Laie ebenso wie der Fachmann einzelne Beiträge mit Gewinn lesen und für sich fruchtbar machen.

Dieter Dowe

Jochen Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 130), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1977, 290 S., kart., 36 DM.

Ausgehend von der Annahme, daß die Publizistik der Arbeiterbewegung deren Aufstieg wesentlich mitbewirkt hat, untersucht Jochen Loreck die publizistische Konzeption der SPD vor 1914 und deren Wirkung auf ihre Adressaten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

2 Vgl., wesentlich breiter angelegt, *Jacques Grandjonc*, *Éléments statistiques pour une étude de l'immigration étrangère en France de 1830 à 1851*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XV, 1975, S. 211—300.

3 Vgl. seine umfangreiche Studie: *Ernst Schraepler*, *Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830—1853*, Berlin/New York 1972.

4 Siehe im übrigen: *Shlomo Na'aman*, *Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63*, Wiesbaden 1969, und *ders.* unter Mitw. von *H.-P. Harstick*, *Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63*, Assen 1975.

5 Vgl. neuerdings *Karl Marx*, *Das Elend der Philosophie*. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends«. Nach der deutschen Übersetzung von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Friedrich Engels neu hrsg. mit Kommentar und Annotationen von *Hans Pelger*, Berlin/Bonn 1979.

(SDAP) maß schon bei ihrer Gründung 1869 der Presse eine höhere aufklärerische Wirkung bei als der mündlichen Publizistik. Neben dem Zentralorgan, dem »Volksstaat«, wurden Lokalblätter, soweit sie wirtschaftlich tragbar waren, gefördert. Dagegen betonte der ADAV stärker die mündliche Agitation und begnügte sich mit einer zentralen Parteizeitung. Nach dem Gothaer Vereinigungskongreß 1875 setzte sich das Konzept der SDAP durch. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gewannen die Parteizeitungen neben der agitatorischen eine hohe finanzielle Bedeutung: Erwirtschaftete Überschüsse besserten die Parteikasse auf. Gleichzeitig ging mit Ausnahme der Wahlzeiten die mündliche Parteiwerbung zurück.

Das von Bebel entworfene dirigistische Pressekonzept war nicht unumstritten. Bebel sah die Parteipresse, voran das Zentralorgan, als Erziehungs- und Führungsmittel und fürchtete, die Parteipresse könne zu einem Vehikel für Fraktionskämpfe werden, wenn sie nicht eindeutig der Parteiführung untergeordnet würde. Der langjährige Chefredakteur des »Vorwärts«, Wilhelm Liebknecht, verstand dagegen die Parteipresse als Diskussionspodium, das der ganzen Partei offenstehen sollte — wie übrigens auch Engels: »[...] da muß Debatte und auch ein bißchen Krakehl sein [...]« (MEW 37, S. 440, zit. S. 43). Die Konzeption sozialdemokratischer Pressearbeit wird vom Autor weitgehend nur anhand von Briefstellen und Äußerungen auf Parteikongressen diskutiert. Damit beschränkt sich seine Analyse auf die »Theorie« sozialdemokratischer Presse. Bedauerlich ist, daß der Verfasser nicht eine sozialdemokratische Zeitung exemplarisch auf ihre inhaltliche und agitatorische Gestaltung hin untersucht hat, geschweige verschiedene Zeitungen verglichen hat. Gerade bei der Bearbeitung von Bebels Pressevorstellungen hätte sich ein auf wenige Beispiele beschränkter Vergleich des »Demokratischen Wochenblatts« mit Schweitzers »Social-Demokrat« oder des »Volksstaats« mit dem »Neuen Social-Demokrat« angeboten. Aufschlußreich für die Zeit nach dem Sozialistengesetz wäre eine Analyse einiger Ausgaben des »Vorwärts« und der »Leipziger Volkszeitung« gewesen. So wie die Arbeit vorliegt, wird die Praxis der Parteipublizistik nur insoweit berücksichtigt, wie sie sich in den zeitgenössischen Diskussionen widerspiegelt.

Zur Analyse des Verhältnisses zwischen sozialdemokratischer Publizistik und politischer Einstellungsänderung zieht Loreck 33 Autobiographien von Personen, die zwischen 1866 und 1914 im Gebiet des deutschen Reiches der SPD beigetreten sind, heran. Bei dieser Auswahl, die durch das verfügbare Material und ein Mindestmaß an exakter Information bestimmt wurde, sind eindeutig Parteifunktionäre und -intelligenz überrepräsentiert; etwa die Hälfte der Autobiographen, die zu zwei Dritteln proletarischer Herkunft waren, wurde im Laufe ihrer politischen Karriere Reichstagsmitglied. Gemeinsam war allen die Erfahrung eines sozialen Abstiegs der Familie in ihrer Kindheit, sei er wirtschaftlich oder durch Notfälle bedingt gewesen. Die Kindheit der meisten war ärmlich, früh wurden die Ungerechtigkeiten der Klassengesellschaft und gesellschaftliche Verachtung erfahren. Die Schulbildung war relativ gut: Nur ein Autobiograph (geboren 1847) hatte keine abgeschlossene Volksschulbildung bzw. weiterführende, wenn auch durch widrige Umstände abgebrochene, Schulbildung. Allgemein herrschte ein starkes Bedürfnis nach Anerkennung und Aufstiegsstreben, das sich in den Berufswünschen (häufig Lehrer oder Pfarrer) niederschlug. Diese blieben meist unerfüllt, bei der Berufswahl wurden dann Lehrberufe Nicht-Lehrberufen vorgezogen, letztere nur unfreiwillig gewählt. Im Anschluß an die Lehre fand mehrheitlich eine Wanderschaft statt, handwerkliche Arbeit wurde der Fabrikarbeit vorgezogen — insgesamt also eine Berufsausrichtung nach eher handwerklich-traditionellen Mustern. Bei der Kirchenzugehörigkeit überwogen die Protestanten (25 von 33), allgemein wurde die Religiosität vor der Politisierung erschüttert. Kritik galt dabei weniger der Religion selbst, vielmehr dem Mißverhältnis von Anspruch und Verwirklichung religiöser Vorstellungen seitens der Kirchen. Der Ablösungsprozeß von den Kirchen war bei Protestanten leichter als bei Katholiken.

Von diesen sozialen Merkmalen der Autobiographen ausgehend, untersucht der Verfasser die kommunikativen Prozesse bei der Politisierung. Alle Autobiographen haben nach ihrem Bekunden früh, viel und intensiv gelesen, waren also schriftlicher Kommunikation relativ leicht zugänglich. Für die Politisierung erwies sich zunächst das Gespräch am Arbeitsplatz, abgesehen von wenigen Ausnahmen, als wesentlicher Anstoß. Selber erfahrene Armut bzw. die soziale Lage der Arbeiter, deren Interpretation und die Sorge um Abhilfe bildeten einen ersten Anknüpfungspunkt für politische Gespräche. Die Nachfrage nach »reiner Wäsche«, d. h. nach Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder in der SPD, am Arbeitsplatz förderte die Organisierung von Sympathisanten. Nach dem Wecken eines ersten politischen Interesses über mündliche Kommunikation griffen ca. zwei Drittel der Autobiographen zur Parteiliteratur oder -presse, etwa ein Drittel besuchte Versammlungen zur Vertiefung der Informationen. Die Zeitungslektüre stieß dabei mehrfach auf Verständnisschwierigkeiten, während Versammlungen und Broschüren — meist Schriften Lassalles — niedrigere Verständnisbarrieren hatten. Außerdem unterlag der regelmäßige Bezug einer sozialdemokratischen Zeitung Instanzen sozialer Kontrolle: Er stieß auf Widerstand der Eltern oder der Meister, wenn der Leser in Kost und Logis lebte. Zuerst erfolgte wegen materieller Anreize, wie Reiseunterstützungsgelder, ein Gewerkschaftsbeitritt, durchschnittlich ein Jahr später im Alter von 22 Jahren der Parteibeitritt.

Die Bedeutung, die der agitatorischen Wirkung der gedruckten Publizistik, speziell den Zeitungen, beigemessen wurde, stand zu deren Wirkung in keinem Verhältnis. Für die Einstellungsänderungen war das rhetorische Moment weitaus wichtiger, es befriedigte spontan-emotionale Bedürfnisse und wirkte gemeinschaftsbildend. Die Parteimitglieder waren aber wegen der einseitigen Fixierung auf die Parteipresse nicht genügend auf das für den Überzeugungsprozeß wichtige Gespräch am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft vorbereitet. In der Aufklärungsarbeit wurden so z. B. Frauen, insbesondere Hausfrauen, zu wenig angesprochen, Kindererziehung blieb weitgehend ein unberührtes Feld, der Widerstand der Mütter bei der Politisierung Jugendlicher wurde nicht infrage gestellt.

Die dirigistische sozialdemokratische Pressepolitik, so der Verfasser, wirkt noch heute nach. Bebels Pressekonzept sei das autoritäre Gegenkonzept zu einer autoritären Gesellschaft gewesen (S. 256). Dieses Pressekonzept erwies sich als Bumerang: Sozialdemokratische Presse wurde nur noch von den sowieso schon Überzeugten gelesen, unabhängige Sympathisanten griffen lieber zu einer liberaleren Zeitung, insgesamt wurden über die Presse keine neuen Anhänger gewonnen.

Wenn auch die Autobiographen nach ihren sozialen Merkmalen und ihren politischen Karrieren nicht typisch sind für das einfache Gewerkschafts- oder Parteimitglied, erlaubt die Auswertung ihrer Autobiographien dennoch einige durchaus unerwartete Möglichkeiten der Verallgemeinerung. So kann allgemein angenommen werden, daß der Weg in die SPD in der Regel über eine Gewerkschaft führte. Ebenso allgemein waren z. B. Erfahrungen familiärer Widerstände, insbesondere seitens der Mutter, beim Politisierungsprozeß oder Erfahrungen sozialer Diskriminierung oftmals schon in der frühen Kindheit. Von den beiden Teilen der Arbeit Lorecks erscheint die Auswertung der Autobiographien als der interessantere, der über die »Bewegung der Arbeiter« (S. 7) aussagekräftigere. Beide Teile sind leider kaum miteinander verbunden. Dem Abschnitt über die sozialdemokratische Pressekonzeption wird das Kapitel über den Politisierungsprozeß einzelner SPD-Mitglieder unter Berücksichtigung der Rolle der Parteipublizistik gegenübergestellt. Problematisch bleibt hierbei, daß der Autor implizit die Pressekonzeption mit ihrer tatsächlichen Praxis identifiziert.

Das Literaturverzeichnis ist leider unübersichtlich. Da Loreck in den Anmerkungen die Quellenangaben auf Autor und Erscheinungsjahr beschränkt, ist man häufig auf das Nachschlagen in der Bibliographie, die stark untergliedert ist, angewiesen. Erschwert wird die Benutzung,

weil die Gliederung des Literaturverzeichnisses nicht mit ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen wurde.

Wolfgang Renzsch

Klaus Schönhoven, Zwischen Revolution und Sozialistengesetz. Die Anfänge der Würzburger Arbeiterbewegung 1848 bis 1878 (= Mainfränkische Hefte, Nr. 63), Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V., Würzburg 1976, 44 S.

Hans Werner Loew/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Würzburgs Sozialdemokraten. Vom Arbeiterverein zur Sozialdemokratischen Volkspartei 1868—1978. Festschrift zum 110jährigen Jubiläum der Würzburger Sozialdemokratie, Würzburg 1978, 178 S., Ln., 15 DM.

Gerhard Herzog, Die Anfänge der Arbeiterbewegung und die Gründung der SPD in Kaiserslautern (1867—1905) (= Schriften zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern, Bd. 13), Verlag Arbogast, Otterbach-Kaiserslautern 1974, 160 S., kart., 10,50 DM.

Obwohl die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten beiden Jahrzehnten sehr eingehend erforscht worden ist, fehlen immer noch für viele Gebiete Regional- und Lokalstudien. So füllen die hier anzugebenden kurzen Darstellungen, die von unterschiedlicher Qualität sind, bislang bestehende Forschungslücken aus. Als geradezu vorbildlichen Überblick kann man die Studie von *Schönhoven* bezeichnen. Es gelingt ihm, alle wichtigen Fakten und Trends der Frühgeschichte der Würzburger Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung Mainfrankens darzustellen. Einige statistische Tabellen (Bevölkerungsstruktur, Zahl der Arbeitnehmer in den größeren Betrieben, Wahlergebnisse, Arbeitervereine im Sommer 1878) ergänzen seine Ausführungen.

Verhältnismäßig ausführlich behandelt der Verfasser die Arbeiter- bzw. Gesellenbewegung der Revolutionszeit von 1848/49, die im fränkischen Raum, besonders auch in Würzburg, eine große Rolle spielte (S. 9-22). Vielleicht hätte er sich hier, wo er sich zudem fast ausschließlich auf die vorhandene Literatur bezieht, etwas kürzer fassen können, um so etwas Platz für ein paar einleitende Bemerkungen über die Entwicklung Würzburgs bis zum Anschluß an Bayern (1814) zu gewinnen. Von besonderem Wert sind seine Ausführungen über die Gründung des Arbeitervereins im Jahre 1868 und der Mitgliedschaft des ADAV im Jahre 1869, da er hier bislang nicht ausgewertete Akten des Würzburger Staatsarchivs heranzieht. Vor allem durch die Gründung mehrerer Gewerkschaften konnte der ADAV sehr schnell eine größere Bedeutung erlangen als der zum VDAV gehörende Arbeiterverein. Allerdings war dieser Aufschwung der Würzburger Arbeiterbewegung — den Gewerkschaften gehörten insgesamt fast 300 Mitglieder an — zeitlich sehr begrenzt. Die Krise im ADAV, die Schönhoven nicht sehr klar herausarbeitet, führte hier — wie in vielen anderen Städten — zu starken Mitgliederverlusten bei den Gewerkschaften. Ja, in Bayern kam es im Januar 1870 zur Gründung einer eigenen Arbeiterpartei, des »Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitervereins«, der sich jedoch fast ausschließlich auf Augsburg und München beschränkte und sich bereits im Sommer 1870 der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (SDAP), den sogenannten Eisenachern, anschloß. An der Gründung dieser kurzlebigen Partei war auch der Würzburger Sozialdemokrat Andreas Wüchner beteiligt, den der Verfasser lediglich als Agitator des ADAV und später der SDAP nennt. Der deutsch-französische Krieg verschärfte dann noch die Krise in der Würzburger Arbeiterbewegung. Nach Schönhoven gewinnt man den Eindruck, daß es dort sogar zu einem Kontinuitätsbruch kam und daß die »Phase der Desorganisation« erst 1872 mit der Gründung neuer gewerkschaftlicher Fachvereine beendet war. Ein neuer politischer Arbeiterverein wurde sogar erst 1873

weil die Gliederung des Literaturverzeichnisses nicht mit ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen wurde.

Wolfgang Rensch

Klaus Schönhoven, Zwischen Revolution und Sozialistengesetz. Die Anfänge der Würzburger Arbeiterbewegung 1848 bis 1878 (= Mainfränkische Hefte, Nr. 63), Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V., Würzburg 1976, 44 S.

Hans Werner Loew/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Würzburgs Sozialdemokraten. Vom Arbeiterverein zur Sozialdemokratischen Volkspartei 1868—1978. Festschrift zum 110jährigen Jubiläum der Würzburger Sozialdemokratie, Würzburg 1978, 178 S., Ln., 15 DM.

Gerhard Herzog, Die Anfänge der Arbeiterbewegung und die Gründung der SPD in Kaiserslautern (1867—1905) (= Schriften zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern, Bd. 13), Verlag Arbogast, Otterbach-Kaiserslautern 1974, 160 S., kart., 10,50 DM.

Obwohl die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den letzten beiden Jahrzehnten sehr eingehend erforscht worden ist, fehlen immer noch für viele Gebiete Regional- und Lokalstudien. So füllen die hier anzugebenden kurzen Darstellungen, die von unterschiedlicher Qualität sind, bislang bestehende Forschungslücken aus. Als geradezu vorbildlichen Überblick kann man die Studie von *Schönhoven* bezeichnen. Es gelingt ihm, alle wichtigen Fakten und Trends der Frühgeschichte der Würzburger Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung Mainfrankens darzustellen. Einige statistische Tabellen (Bevölkerungsstruktur, Zahl der Arbeitnehmer in den größeren Betrieben, Wahlergebnisse, Arbeitervereine im Sommer 1878) ergänzen seine Ausführungen.

Verhältnismäßig ausführlich behandelt der Verfasser die Arbeiter- bzw. Gesellenbewegung der Revolutionszeit von 1848/49, die im fränkischen Raum, besonders auch in Würzburg, eine große Rolle spielte (S. 9-22). Vielleicht hätte er sich hier, wo er sich zudem fast ausschließlich auf die vorhandene Literatur bezieht, etwas kürzer fassen können, um so etwas Platz für ein paar einleitende Bemerkungen über die Entwicklung Würzburgs bis zum Anschluß an Bayern (1814) zu gewinnen. Von besonderem Wert sind seine Ausführungen über die Gründung des Arbeitervereins im Jahre 1868 und der Mitgliedschaft des ADAV im Jahre 1869, da er hier bislang nicht ausgewertete Akten des Würzburger Staatsarchivs heranzieht. Vor allem durch die Gründung mehrerer Gewerkschaften konnte der ADAV sehr schnell eine größere Bedeutung erlangen als der zum VDAV gehörende Arbeiterverein. Allerdings war dieser Aufschwung der Würzburger Arbeiterbewegung — den Gewerkschaften gehörten insgesamt fast 300 Mitglieder an — zeitlich sehr begrenzt. Die Krise im ADAV, die Schönhoven nicht sehr klar herausarbeitet, führte hier — wie in vielen anderen Städten — zu starken Mitgliederverlusten bei den Gewerkschaften. Ja, in Bayern kam es im Januar 1870 zur Gründung einer eigenen Arbeiterpartei, des »Allgemeinen Deutschen Sozialdemokratischen Arbeitervereins«, der sich jedoch fast ausschließlich auf Augsburg und München beschränkte und sich bereits im Sommer 1870 der »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« (SDAP), den sogenannten Eisenachern, anschloß. An der Gründung dieser kurzlebigen Partei war auch der Würzburger Sozialdemokrat Andreas Wüchner beteiligt, den der Verfasser lediglich als Agitator des ADAV und später der SDAP nennt. Der deutsch-französische Krieg verschärfte dann noch die Krise in der Würzburger Arbeiterbewegung. Nach Schönhoven gewinnt man den Eindruck, daß es dort sogar zu einem Kontinuitätsbruch kam und daß die »Phase der Desorganisation« erst 1872 mit der Gründung neuer gewerkschaftlicher Fachvereine beendet war. Ein neuer politischer Arbeiterverein wurde sogar erst 1873

von Nürnberg aus, einem der Zentren der SDAP, gegründet. Vor der Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch das Sozialistengesetz bestanden im Sommer 1878 in Würzburg neben dem sozialdemokratischen Wahlverein mit fast 100 Mitgliedern noch 5 größere Gewerkschaften mit ca. 250 Mitgliedern.

Bei dem von *Schönhoven* und *Loew* herausgegebenen Sammelband handelt es sich um den gut ausgestatteten Jubiläumsband der Würzburger Sozialdemokraten zu ihrem 110jährigen Bestehen. Im längsten Beitrag (S. 1-39) behandelt *Schönhoven* die Zeit bis 1914. Er faßt darin die Ergebnisse seiner Studie über die Frühzeit der Würzburger Sozialdemokratie zusammen und schildert dann die weitere Entwicklung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Er beschränkt sich jedoch nicht, wie die meisten anderen Autoren, auf eine Organisationsgeschichte (SPD, Gewerkschaften, Arbeiterzeitungen, Organisationen der sozialdemokratischen »Subkultur«), sondern beschreibt auch die soziale Lage der Würzburger Arbeiterschaft als Voraussetzung für den erstaunlichen Aufstieg der Würzburger Arbeiterbewegung. Sein Beitrag hat, wie alle anderen Aufsätze des Bandes, keine Anmerkungen, doch *Schönhoven* ergänzt ihn, was die anderen Autoren leider nicht tun, durch einen kurzen Hinweis auf wichtige Quellen und Vorarbeiten für seinen Überblick.

Die organisatorische Entwicklung bis 1933 schildern dann *Klaus Schäfer* (1. Weltkrieg) und *Joachim Kletzin* (Weimarer Republik), die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur *Margit Grubmüller/Dieter Langewiesche*. In diesem Beitrag ist vor allem die Darstellung des Widerstandskampfes von Theodor Drey, dem letzten Unterbezirkvorsitzenden der Würzburger SPD vor 1933, von Wichtigkeit (S. 103-106). Für die Zeit nach 1945 werden zunächst Erinnerungen des langjährigen Bundestagsabgeordneten *Hannsbeinz Bauer* abgedruckt, der am Wiederaufbau der Würzburger SPD maßgeblich beteiligt war (S. 109-150). Ergänzt werden diese durch einen kurzen Überblick von *Claudia Strobel* über die »Mitgliederentwicklung und Sozialstruktur« der Würzburger SPD nach 1945, der vor allem wegen einiger Tabellen über die Altersstruktur und die Gliederung der Mitgliedschaft in Angestellte, Arbeiter, Beamte und Schüler/Studenten von großer Bedeutung ist (S. 153-162). Am Schluß des Bandes folgen noch statistische Tabellen über die Reichstags-/Bundestagswahlen sowie Landtags- und Kommunalwahlen von 1874 bzw. 1907 bis 1978, kurze biographische Angaben über alle Mandatsträger der Würzburger Sozialdemokratie in den Parlamenten und ein Personenregister. Etwas vermißt man entsprechende Tabellen über führende Funktionäre des sozialdemokratischen Ortsvereins bzw. des Unterbezirks. Viele Fotos sowie Abdrucke von Zeitungsseiten und Plakaten vergrößern noch den Informationswert dieser Arbeit, die man insgesamt als gelungenes Beispiel einer Jubiläumsschrift bezeichnen kann.

Die Studie von *Herzog* über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Kaiserslautern ist ebenfalls sehr gut ausgestattet und wird durch den vollen Abdruck (im Faksimile) wertvoller längerer Dokumente, u. a. einer Fabrikordnung aus dem Jahre 1877 und der Statuten des Demokratischen Arbeiterbildungsvereins von 1869, ergänzt. Doch ist sie nicht von gleichem Wert wie die vergleichbare Darstellung der frühen Würzburger Arbeiterbewegung von *Schönhoven*. Zwar hat *Herzog* für seine Arbeit, die durch Anmerkungen ergänzt wird, Akten des Staatsarchivs Speyer und des Stadtarchivs Kaiserslautern sowie einige Regionalzeitungen herangezogen. Doch wegen seiner geringen Kenntnisse der Literatur über die Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung in dem von ihm behandelten Zeitraum gelingt es ihm nicht immer, die von ihm aus den Quellen ermittelten Fakten in den Gesamtzusammenhang einzuordnen oder gar zu analysieren. So druckt er z. B., aus einer Regionalzeitung, den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes vom Mai 1878 ab, ohne zu erwähnen, daß dieser vom Reichstag abgelehnt wurde und das später angenommene Sozialistengesetz nicht mit diesem Entwurf identisch war. Recht informativ ist die Arbeit für die Frühzeit (1868/69), als es in Kaiserslautern zwei Arbeitervereine gab, von denen einer zur demokratischen Volkspartei und einer zu den Liberalen tendierte. Aus dem Demokratischen Arbeiterbildungsverein entwickelte sich

dann 1873 eine Mitgliedschaft der SDAP. Diesen Prozeß wie auch die weitere Entwicklung hätte Herzog klarer darstellen können, wenn er die von ihm herangezogene Dissertation von Erich Schneider »Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—94« aus dem Jahre 1956 besser ausgewertet hätte. So beschränkt sich seine Darstellung für die späteren Jahre auf einen teilweise ungenauen Überblick über die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation — die Gewerkschaften klammert er fast völlig aus — und die Wiedergabe von Wahlergebnissen der Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Willy Albrecht

Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Verlag das europäische buch, Berlin 1977 (Lizenzausg. des Dietz Verlags, Berlin [DDR] 1976), 18\*, 975 S., Ln., 24 DM.

Es gehört schon eine Portion Mut dazu, als einzelner ein derart umfangreiches Werk in Angriff zu nehmen, wie dies der DDR-Historiker Dieter Fricke mit seinem Handbuch zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitraum von 1869 bis 1914 getan hat. Welche immense Sammelarbeit in Bibliotheken und Archiven sich hinter dem Nachschlagewerk verbirgt, mag man der Tatsache entnehmen, daß auf den knapp tausend, zum Teil eng bedruckten Seiten allein 130 Tabellen und 112 Dokumente bzw. Übersichten ausgebreitet werden. Nun ist Dieter Fricke kein Unbekannter; ja, man kann sogar sagen, daß er wie kaum einer seiner DDR-Kollegen für diese Aufgabe gerüstet war. Schon 1962 und 1964 legte er erste Materialien zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung vor (biographische Angaben siehe im Literaturverzeichnis, S. 900), die jetzt in dem vorliegenden Werk »wesentlich erweitert« und unter »Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung« verarbeitet worden sind. Man kann getrost sagen, daß in Zukunft wohl niemand die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wird bearbeiten können, ohne dieses Nachschlagewerk in die Hand zu nehmen. Dennoch sträubt sich der Rezensent, Fricke's Arbeit als das seit langem gewünschte »Standardwerk« zur Vorkriegsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung anzusehen. Dazu stützt sich Fricke in seiner Darstellung zu sehr auf die Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung und läßt die Arbeiten sogenannter »bürgerlicher« Historiker außer acht.

Kommen wir jedoch zunächst zum Inhalt des Nachschlagewerkes. Der redaktionellen Vorbemerkung des Verlages ist zu entnehmen, daß sich Fricke's Arbeit sowohl an Fachhistoriker wendet als auch an andere Gesellschaftswissenschaftler sowie allgemeine Interessenten; es soll als »Nachschlage- und Überblickswerk« eine rasche Informierung zu bestimmten Themen ermöglichen. Dies geschieht in 16 Kapiteln, die in drei große Themenblöcke gegliedert sind. Der erste Themenblock (Kapitel I—III) behandelt die Entstehung der sich organisierenden deutschen Arbeiterbewegung; der zweite Block (Kapitel IV—XI) befaßt sich mit der Sozialdemokratischen Partei, ihrem Programm, ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit. Der dritte Themenblock (Kapitel XII—XVI) hat die Gewerkschaftsbewegung zum Gegenstand. Angesichts der Ausrichtung von Fricke's Arbeit scheint es angebracht, näher auf den Inhalt der jeweiligen Kapitel einzugehen. Das erste Kapitel setzt zeitlich mit dem Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach ein und beschreibt deren Programm und Organisation. Das zweite Kapitel ist dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewidmet und behandelt, ausgehend von den am 19. Mai 1867 beschlossenen »Grundzügen der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«, dessen Programmatik und Organisationsstruktur. Das dritte Kapitel beschäftigt sich vor allem mit

dann 1873 eine Mitgliedschaft der SDAP. Diesen Prozeß wie auch die weitere Entwicklung hätte Herzog klarer darstellen können, wenn er die von ihm herangezogene Dissertation von Erich Schneider »Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—94« aus dem Jahre 1956 besser ausgewertet hätte. So beschränkt sich seine Darstellung für die späteren Jahre auf einen teilweise ungenauen Überblick über die Entwicklung der lokalen Parteiorganisation — die Gewerkschaften klammert er fast völlig aus — und die Wiedergabe von Wahlergebnissen der Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Willy Albrecht

Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Verlag das europäische buch, Berlin 1977 (Lizenzausg. des Dietz Verlags, Berlin [DDR] 1976), 18\*, 975 S., Ln., 24 DM.

Es gehört schon eine Portion Mut dazu, als einzelner ein derart umfangreiches Werk in Angriff zu nehmen, wie dies der DDR-Historiker Dieter Fricke mit seinem Handbuch zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung im Zeitraum von 1869 bis 1914 getan hat. Welche immense Sammelarbeit in Bibliotheken und Archiven sich hinter dem Nachschlagewerk verbirgt, mag man der Tatsache entnehmen, daß auf den knapp tausend, zum Teil eng bedruckten Seiten allein 130 Tabellen und 112 Dokumente bzw. Übersichten ausgebreitet werden. Nun ist Dieter Fricke kein Unbekannter; ja, man kann sogar sagen, daß er wie kaum einer seiner DDR-Kollegen für diese Aufgabe gerüstet war. Schon 1962 und 1964 legte er erste Materialien zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung vor (biographische Angaben siehe im Literaturverzeichnis, S. 900), die jetzt in dem vorliegenden Werk »wesentlich erweitert« und unter »Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung« verarbeitet worden sind. Man kann getrost sagen, daß in Zukunft wohl niemand die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wird bearbeiten können, ohne dieses Nachschlagewerk in die Hand zu nehmen. Dennoch sträubt sich der Rezensent, Fricke's Arbeit als das seit langem gewünschte »Standardwerk« zur Vorkriegsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung anzusehen. Dazu stützt sich Fricke in seiner Darstellung zu sehr auf die Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung und läßt die Arbeiten sogenannter »bürgerlicher« Historiker außer acht.

Kommen wir jedoch zunächst zum Inhalt des Nachschlagewerkes. Der redaktionellen Vorbemerkung des Verlages ist zu entnehmen, daß sich Fricke's Arbeit sowohl an Fachhistoriker wendet als auch an andere Gesellschaftswissenschaftler sowie allgemeine Interessenten; es soll als »Nachschlage- und Überblickswerk« eine rasche Informierung zu bestimmten Themen ermöglichen. Dies geschieht in 16 Kapiteln, die in drei große Themenblöcke gegliedert sind. Der erste Themenblock (Kapitel I—III) behandelt die Entstehung der sich organisierenden deutschen Arbeiterbewegung; der zweite Block (Kapitel IV—XI) befaßt sich mit der Sozialdemokratischen Partei, ihrem Programm, ihrer Organisation und ihrer Tätigkeit. Der dritte Themenblock (Kapitel XII—XVI) hat die Gewerkschaftsbewegung zum Gegenstand. Angesichts der Ausrichtung von Fricke's Arbeit scheint es angebracht, näher auf den Inhalt der jeweiligen Kapitel einzugehen. Das erste Kapitel setzt zeitlich mit dem Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 in Eisenach ein und beschreibt deren Programm und Organisation. Das zweite Kapitel ist dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gewidmet und behandelt, ausgehend von den am 19. Mai 1867 beschlossenen »Grundzügen der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins«, dessen Programmatik und Organisationsstruktur. Das dritte Kapitel beschäftigt sich vor allem mit

dem berühmten »Vereinigungskongreß« von Gotha 1875 und untersucht die Aussagen des dort beschlossenen Programms in bezug auf Programm und Organisation. Das vierte Kapitel, überschrieben »Die deutsche Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz«, verfolgt anhand der Parteikongresse von Wyden (1880), Zürich (1882), Kopenhagen (1883) und St. Gallen (1887) die Programm- und Organisationsentwicklung. Das fünfte Kapitel beginnt mit einer Analyse des Erfurter Parteiprogramms von 1890 und beschreibt die Organisationsstruktur der SPD zwischen 1890 und 1914; die entsprechenden acht Unterabschnitte lauten: »Die Entwicklung der Parteiorganisation bis zum Beginn der imperialistischen Epoche«; »Die Organisation der Partei zu Beginn der imperialistischen Epoche«; »Die Organisationsstatuten von Jena 1905, Leipzig 1909 und Chemnitz 1912«; »Die Entwicklung der Parteiorganisation von 1905 bis 1914«; »Die Mitglieder, a. ihre zahlenmäßige Entwicklung, b. Die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft, c. Zur altersmäßigen Zusammensetzung«; »Der Parteitag«; »Der Parteivorstand« und »Die Kontrollkommission«. Die nächsten drei Kapitel (VI— VIII) — »Die proletarische Frauenbewegung«, »Die Arbeiterjugendbewegung« und »Die sozialdemokratische Presse« — sind Teilbereichen vor allem der Parteibewegung gewidmet. Besonders detailliert werden dabei die verschiedenen Presseorgane, einschließlich der Nachrichtenbüros und Parteikorrespondenzen, beschrieben. Die Kapitel IX und X mit den Überschriften »Die Bildungsarbeit der Sozialdemokratie« und »Zur parlamentarischen Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie« sind den Aktivitäten der Partei vor dem Ersten Weltkrieg gewidmet. Das elfte Kapitel schließt den zweiten Themenblock ab und leitet indirekt auf den nächsten Themenblock über; es befaßt sich mit den internationalen Verbindungen der Partei und der Gewerkschaften. Dies geschieht anhand kurzer Beschreibungen der Entstehung und Organisationsstruktur der Internationalen Arbeiterassoziation, der sogenannten I. Internationale, der II. Internationale, der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenzen, der Internationalen Verbindung der Sozialistischen Jugendorganisationen, des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen sowie des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Kapitel XII bis XVI behandeln dann als dritter und letzter großer Themenblock Geschichte, Organisation und Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Beschreibt Kapitel XII die Herausbildung der modernen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1868/69 bis 1890, so analysiert das dreizehnte Kapitel die Infrastruktur der »freien Gewerkschaften«. Da dies sehr ausführlich geschieht, seien auch hier die Überschriften der entsprechenden Unterabschnitte wiedergegeben: »Die Führungsorgane der freien Gewerkschaften, a. Der Gewerkschaftskongreß, b. Die Generalkommission, c. Der Gewerkschaftsausschuß, d. Die Konferenzen der Vorstände der Zentralverbände«; »Die Zentralverbände, a. Ihr Charakter und ihre Struktur, b. Das Gewerkschaftskartell, c. Die zahlenmäßige und organisatorische Entwicklung der Zentralverbände, d. Die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter«; »Die Gewerkschaftspresse«; »Die Mitglieder«; »Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen« und »Zur Rolle und Entwicklung der Gewerkschaftsbürokratie«. Das vierzehnte Kapitel, überschrieben »Die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalistische Gewerkschaften)«, behandelt Randgruppen der Gewerkschaftsbewegung, während sich das fünfzehnte Kapitel mit den Streikstatistiken auseinandersetzt, wie sie seit 1890 zunächst von staatlicher Seite und später von der Generalkommission der Gewerkschaften erstellt wurden. Das sechzehnte Kapitel schließlich geht gleichsam als Anhang auf den »Zentralverband der deutschen Konsumvereine« ein; eine Organisation, die nur zum Teil von der Arbeiterschaft getragen wurde und deren Generalsekretär es ausdrücklich ablehnte, die Konsumgenossenschaften als »Arbeiterkonsumvereine« zu bezeichnen (siehe S. 781). Abgerundet wird Dieter Frickses Handbuch durch ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister, ein Verzeichnis der geographischen Namen, ein Tabellenverzeichnis und ein Verzeichnis der abgedruckten Dokumente, Übersichten und anderen Materialien. Dies erleichtert

zweifelsohne ungemein den Gebrauch des Handbuchs. Leider wurden im Gegensatz zu den bekannten Nachlässen etwa im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, die Nachlässe des Zentralen Parteiarchivs beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED nicht namentlich aufgeführt. Wer und was, bitte schön, verbirgt sich hinter Nachlaß 1, 2, 4 etc.?

Angesichts der Tatsache, daß auch ein Nachschlagewerk, sei es noch so umfangreich angelegt, Einschränkungen vornehmen muß, ist es müßig, über Einzelheiten der Gliederung bzw. über die Gewichtung einzelner Abschnitte streiten zu wollen. Lediglich in zwei Punkten stimmt der Rezensent nicht mit dem Vorgehen von Dieter Fricke überein; der erste Punkt bezieht sich auf den Anfang, der zweite auf das Ende seiner Darstellung. Dadurch, daß Fricke seine Darstellung ziemlich abrupt mit dem Eisenacher Kongreß einsetzt, gerät die Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu kurz. Vor allem wird nicht recht verständlich, warum Ferdinand Lassalle einerseits und Karl Marx und Friedrich Engels andererseits für die geistige Prägung der deutschen Arbeiterbewegung so bedeutend waren. Der andere Einwand bezieht sich auf die Hereinnahme des letzten Kapitels überhaupt. So interessant und aufschlußreich auch die Analyse der Konsumvereine ist, so wenig einsehbar ist gerade die Darstellung dieses Bereiches der Arbeiterbewegung, wenn man überhaupt von einem »Bereich« sprechen kann. Gleich zu Beginn der Darstellung kritisiert nämlich Fricke die Aufnahme der »Lassalleschen Phrase« vom »vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter« — durch »Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch *genossenschaftliche Arbeit*« (Hervorhebung von mir) — in das Eisenacher Programm als »unmarxistisch«, um dann gegen Ende der Darstellung eben dieser Thematik ein ganzes Kapitel zu widmen. Dabei hat sich, wie schon eingangs erwähnt, die genossenschaftliche Bewegung nicht so sehr als »Arbeiter-« sondern als »Volksgenossenschaftsbewegung« verstanden. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, statt dessen ein Kapitel über die Arbeiterbildungsvereine, deren Organisation und Aktivitäten aufzunehmen? Gerade hier dürfte man Aufschlüsse finden hinsichtlich der Verarbeitung und Verbreitung des marxistischen Gedankengutes, was sich ja Fricke u. a. in seiner Darstellung zur Aufgabe macht.

Dieter Fricke's Arbeit setzt sich zum Ziel, anhand der Organisationsentwicklung den ideologischen Reifeprozess der deutschen Arbeiterbewegung zum Marxismus (-Leninismus) aufzuzeigen; Organisation wird dabei im Leninschen Sinne als »Prozess« verstanden. Ausgehend von der Epocheneinschätzung der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung, kommt Fricke zu dem Ergebnis, daß die deutsche Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit ihren Organisationsprinzipien durchaus den »objektiven Erfordernissen« der kapitalistischen Epoche gerecht geworden sei. Durch die »Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen« habe die SPD »Formen des Klassenkampfes« geschaffen, die zum »Vorbild für die gesamte internationale Arbeiterbewegung« wurden. Mit dem Übergang der relativ friedlichen Epoche des Kapitalismus zur aggressiven Epoche des Imperialismus sei die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung in opportunistische Richtungen abgedrängt worden; am Vorabend des Ersten Weltkrieges war die SPD eine »kleinbürgerliche, reformistische Arbeiterpartei«. Als wesentliche Ursache für den »Niedergang« wird die Tatsache angesehen, daß die Führer der deutschen Arbeiterbewegung die Implikationen nicht erkannt hätten, die sich aus dem Epochenübergang ergaben und die Lenin und die Partei der Bolschewiki zum Aufbau der »Partei neuen Typus« — »als der Verkörperung des Gesetzes der Einheit von Organisationsinhalt und -form« — veranlaßten. Kräftig gefördert wurde dieser Prozess von den Revisionisten, Reformisten und Opportunisten, insbesondere in der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie. Selbst den »deutschen Linken«, die sich bei der »Verteidigung des Marxismus und des revolutionären Charakters der deutschen Sozialdemo-

kratie [...] große Verdienste« erworben hätten, sei die Bedeutung der Organisationsfrage und der damit zusammenhängenden Parteikonzeption nicht richtig bewußt gewesen.

Wie schon eingangs erwähnt, kann diese Darstellung so nicht hingenommen werden. Fangen wir mit dem zuletzt genannten Punkt in Fricke's Darstellung an: Die »deutschen Linken«, so wie sie Fricke sehen möchte, hat es nicht gegeben. Beispiel: das Verhalten von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den angeblichen Führern der Linken. Obwohl die marxistische Theoretikerin als Lehrerin an der Berliner Parteischule gleichsam von Amts wegen die Verbreitung des Bildungsgedankens in der Arbeiterbewegung hätte fördern müssen, tat sie herzlich wenig, um den »linken Mitstreiter« Liebknecht bei seinen Bemühungen um eine sozialdemokratische Jugendbewegung, die ja in erster Linie der Bildung des zukünftigen Proletariats dienen sollte, zu unterstützen. Ebenso unrichtig ist Fricke's Behauptung, daß die »deutschen Linken« die Bedeutung der Organisationsfrage verkannt haben sollen. Sie haben sich mit dieser Frage sehr wohl befaßt, nur kamen sie aufgrund andersartiger Erfahrungen und andersartiger Theorievorstellungen zu anderen Ergebnissen als Lenin und die Bolschewiki. Dies gilt für Karl Liebknecht, den Radikalreformer, ebenso wie für Rosa Luxemburg, die Anhängerin einer Spontaneitätstheorie. Der dritte Einwand schließlich richtet sich gegen Fricke's Einschätzung von der anfänglich revolutionären Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Betrachtet man die bei Fricke abgedruckten Tabellen zur sozialen Zusammensetzung jener Bevölkerungsgruppen, die sich in Partei und Gewerkschaften zusammenschlossen, so wird man feststellen, daß es sich vornehmlich um »Facharbeiter« handelte. Das »kleinbürgerliche Element« war also von Anfang an Bestandteil der deutschen Arbeiterbewegung. Sowohl das Programm der Eisenacher als auch das der Lassalleaner entsprach dem Bewußtsein der überwiegenden Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Mit dem Erfurter Programm dagegen erhielt die SPD ein marxistisches Programm, das aber nicht dem Bewußtseinszustand der Arbeitermassen entsprach. Resultat war, daß man sich zwar nach außen hin zum Programm bekannte, in der praktischen Arbeit aber weitgehend unabhängig davon vorging. »Die Theorie ihres Klassenkampfes«, erklärte treffend die »linke« Clara Zetkin 1913, »hat sie [die Arbeiterbewegung] zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk« (zitiert nach Fricke, S. 6\*). Den Nutzen der Organisation hatten die Arbeitermassen fast täglich vor Augen, man denke nur an das gewerkschaftliche Unterstützungswesen; der Wert des Parteiprogramms dagegen war nicht unmittelbar einsehbar. Das quantitative Anwachsen der Organisation mußte dann zwangsläufig dazu führen, daß die Zweck-Mittel-Relation sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik mehr und mehr in Vergessenheit geriet. Was blieb, war die Organisation, die unter keinen Umständen gefährdet werden durfte. In der SPD war es vor allem August Bebel, der aus eben dieser Furcht jeden Aktivismus in der Partei, ob von rechts oder von links, unterband und damit die SPD in jenen Fatalismus führte, der die Entfaltung der sozialdemokratischen Politik zum aktiven Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung des Wilhelminischen Zeitalters von vornherein unmöglich machte. August Bebel aber wird von Dieter Fricke gleichsam per definitionem als »revolutionärer Sozialdemokrat« reklamiert. Einer der Gründe, weshalb Fricke zu einem derart verquerten Geschichtsbild kommt, ist mit Sicherheit darin zu sehen, daß die Ergebnisse der »bürgerlichen« Geschichtsschreibung nicht zur Kenntnis genommen werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Fricke einen Teil dieser »bürgerlichen« Arbeiten fein säuberlich im Literaturanhang aufführt. Nicht Dieter Groh, um ein weiteres Beispiel zu nennen, betreibt eine Politik des »revolutionären Attentismus«; er hat lediglich anhand konkreter Beispiele aufgezeigt, daß die SPD-Führung am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine derartige Politik verfolgt hat. Wenn Fricke der Ansicht ist, daß Groh's Analyse falsch ist, dann muß er dies schon anhand konkreter Beispiele nachweisen und nicht gleichsam ex cathedra erklären, Groh's These stelle eine »Geschichtsfälschung« dar, die den Zweck verfolge, die

bundesdeutsche Arbeiterschaft endlich »positiv« in die kapitalistische Gesellschaft zu integrieren.

Wie gesagt, die Arbeit des Faktensammlers Fricke ist anzuerkennen, die Äußerungen des Historikers Fricke dagegen sind nur mit größter Skepsis zu betrachten.

Helmut Trotnow

Im Dienste an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914—1932, hrsg. und bearb. von Jörg Schadt unter Mitarbeit von Michael Caroli (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 4), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, 239 S., Ln., 34 DM.

Die Erforschung der Geschichte der Sozialdemokratie ist auf regionaler Ebene für die Zeit der Weimarer Republik bisher noch kaum in Angriff genommen worden, obwohl manche globalen Urteile über die Organisationsstrukturen und das politische Selbstverständnis der SPD gerade aus landesgeschichtlichem Blickwinkel konkretisiert oder auch korrigiert werden könnten. Baden ist für regionalgeschichtliche Studien ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld, denn hier war die Sozialdemokratie vom November 1918 bis Ende 1932 in der Regierung vertreten und hatte entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Landespolitik. Die neun Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der SPD dokumentieren die innenpolitische Entwicklung Badens aus der Sicht des Führungsorgans der badischen Sozialdemokratie bis Ende 1931, denn der letzte der Landesparteitage, für die diese Rechenschaftsberichte erarbeitet wurden, fand im Sommer 1932 statt. Da die Parteiakten der badischen SPD Anfang 1933 verbrannt wurden, um sie dem Zugriff der nationalsozialistischen Machthaber zu entziehen, stellen die verstreut überlieferten Tätigkeitsberichte neben Presseverlautbarungen und Wahlaufrufen den einzigen noch erhaltenen geschäftsmäßigen Niederschlag aus der Arbeit des badischen SPD-Vorstandes dar. Ihr politischer Informationsgehalt ist allerdings begrenzt. Ihnen haftet — wie Schadt in der Einleitung der Edition zu Recht betont — eine »Neigung zur Schönfärberei und zum Zweckoptimismus« an, was bei gedruckten Rechenschaftsberichten, die von der regionalen Parteipresse auszugsweise veröffentlicht wurden, nicht besonders verwunderlich ist. Dazu kommt, daß nur zwei Berichte so überliefert sind, wie sie den Delegierten der Landesparteitage gedruckt vorlagen; die restlichen sieben Berichte, für die eine vollständige Fassung nicht aufgefunden werden konnte, sind nach gekürzten Zeitungsartikeln ediert, die den ohnedies wenig brisanten allgemeinpolitischen Inhalt noch weiter verdünnten.

Dennoch sind einzelne Textpassagen der Berichte typisch für das sozialdemokratische Selbstverständnis, »im Dienste an der Republik« zu stehen, so beispielsweise folgende Formulierung aus dem Bericht für die Zeit vom April 1922 bis März 1924, in der die republikanische Standfestigkeit der Partei bildreich stilisiert wird: »In all diesen Anstürmen von rechts und links war die Sozialdemokratie die eiserne Mauer, an der die Stürme zerschellten. Daher der blinde Haß der Reaktionäre und Moskowiter gegen die Sozialdemokratie. Trotz der Schlammflut von Lügen und Verleumdungen, mit der die Partei aufgrund ihrer Haltung überschwemmt wird, wird sie auch in Zukunft die festeste Stütze der Republik sein« (S. 88).

Einen unbestreitbar hohen Quellenwert besitzen die Tätigkeitsberichte für das organisatorische Innenleben der badischen Sozialdemokratie. Sie vermitteln informative Übersichten über die Mitgliederentwicklung in den Ortsvereinen der vier badischen Agitationsbezirke und erlauben einen plastischen Einblick in die Arbeit der Frauen-, Lehrer- und Beamtengruppen, der Arbeiterwohlfahrt, der Kinderfreunde- und Jugendbewegung sowie in die Bilanzen der regionalen Parteizeitungen. Manche der Streitpunkte, die damals in den badischen SPD-

bundesdeutsche Arbeiterschaft endlich »positiv« in die kapitalistische Gesellschaft zu integrieren.

Wie gesagt, die Arbeit des Faktensammlers Fricke ist anzuerkennen, die Äußerungen des Historikers Fricke dagegen sind nur mit größter Skepsis zu betrachten.

Helmut Trotnow

Im Dienste an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914—1932, hrsg. und bearb. von Jörg Schadt unter Mitarbeit von Michael Caroli (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 4), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, 239 S., Ln., 34 DM.

Die Erforschung der Geschichte der Sozialdemokratie ist auf regionaler Ebene für die Zeit der Weimarer Republik bisher noch kaum in Angriff genommen worden, obwohl manche globalen Urteile über die Organisationsstrukturen und das politische Selbstverständnis der SPD gerade aus landesgeschichtlichem Blickwinkel konkretisiert oder auch korrigiert werden könnten. Baden ist für regionalgeschichtliche Studien ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld, denn hier war die Sozialdemokratie vom November 1918 bis Ende 1932 in der Regierung vertreten und hatte entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Landespolitik. Die neun Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der SPD dokumentieren die innenpolitische Entwicklung Badens aus der Sicht des Führungsorgans der badischen Sozialdemokratie bis Ende 1931, denn der letzte der Landesparteitage, für die diese Rechenschaftsberichte erarbeitet wurden, fand im Sommer 1932 statt. Da die Parteiakten der badischen SPD Anfang 1933 verbrannt wurden, um sie dem Zugriff der nationalsozialistischen Machthaber zu entziehen, stellen die verstreut überlieferten Tätigkeitsberichte neben Presseverlautbarungen und Wahlaufufen den einzigen noch erhaltenen geschäftsmäßigen Niederschlag aus der Arbeit des badischen SPD-Vorstandes dar. Ihr politischer Informationsgehalt ist allerdings begrenzt. Ihnen haftet — wie Schadt in der Einleitung der Edition zu Recht betont — eine »Neigung zur Schönfärberei und zum Zweckoptimismus« an, was bei gedruckten Rechenschaftsberichten, die von der regionalen Parteipresse auszugsweise veröffentlicht wurden, nicht besonders verwunderlich ist. Dazu kommt, daß nur zwei Berichte so überliefert sind, wie sie den Delegierten der Landesparteitage gedruckt vorlagen; die restlichen sieben Berichte, für die eine vollständige Fassung nicht aufgefunden werden konnte, sind nach gekürzten Zeitungsartikeln ediert, die den ohnedies wenig brisanten allgemeinpolitischen Inhalt noch weiter verdünnten.

Dennoch sind einzelne Textpassagen der Berichte typisch für das sozialdemokratische Selbstverständnis, »im Dienste an der Republik« zu stehen, so beispielsweise folgende Formulierung aus dem Bericht für die Zeit vom April 1922 bis März 1924, in der die republikanische Standfestigkeit der Partei bildreich stilisiert wird: »In all diesen Anstürmen von rechts und links war die Sozialdemokratie die eiserne Mauer, an der die Stürme zerschellten. Daher der blinde Haß der Reaktionäre und Moskowiter gegen die Sozialdemokratie. Trotz der Schlammschlacht von Lügen und Verleumdungen, mit der die Partei aufgrund ihrer Haltung überschwemmt wird, wird sie auch in Zukunft die festeste Stütze der Republik sein« (S. 88).

Einen unbestreitbar hohen Quellenwert besitzen die Tätigkeitsberichte für das organisatorische Innenleben der badischen Sozialdemokratie. Sie vermitteln informative Übersichten über die Mitgliederentwicklung in den Ortsvereinen der vier badischen Agitationsbezirke und erlauben einen plastischen Einblick in die Arbeit der Frauen-, Lehrer- und Beamtengruppen, der Arbeiterwohlfahrt, der Kinderfreunde- und Jugendbewegung sowie in die Bilanzen der regionalen Parteizeitungen. Manche der Streitpunkte, die damals in den badischen SPD-

Gliederungen diskutiert wurden, sind in der innerparteilichen Diskussion bis heute aktuell geblieben. So steht im Bericht der Jungsozialisten für 1924/25 zu lesen, die »Hauptfrage«, die man »mit großem Interesse und manchmal auch heftiger Leidenschaftlichkeit« erörtert habe, sei das Thema »Unsere Stellung zum Staat« gewesen. Die kommentierende Bemerkung des badischen Landessekretärs der SPD, die Opposition der Jugend gegen ältere Parteimitglieder müsse man verstehen, denn die Jugend sei »schäumender, gärender Wein«, der »sich nicht so leicht in fertige Gefäße bringen läßt« (S. 124 f.), findet sich ebenfalls auch heute noch als tröstend-beschwichtigendes Fazit in manchem sozialdemokratischen Rechenschaftsbericht.

Die Bedeutung der Edition als regionale Materialgrundlage für eine noch zu erstellende historische Gesamtstatistik der SPD in der Weimarer Republik wird durch den vom Herausgeber beigelegten Anhang erhöht, in dem weitere Daten zur Organisationsentwicklung der badischen Sozialdemokratie und Tabellen mit den Ergebnissen der Reichstags- und Landtagswahlen in Baden zusammengestellt sind. Besonders aufschlußreich sind hier die aus verstreuten Quellen ermittelten Angaben über den beruflichen Werdegang und den politischen Karriereverlauf der Mitglieder des Landesvorstandes der SPD: Zwei Drittel der zwischen 1918 und 1933 in den Landesvorstand gewählten Politiker übten zum Zeitpunkt ihrer Wahl keinen Beruf mehr aus, sondern hatten eine Parteiposition inne. Daraus erklärt sich auch der geringe Personenaustausch in diesem Führungsgremium der badischen SPD, der — so Schadt in seinem einleitenden Überblick über die Geschichte der badischen Sozialdemokratie — »mehr auf schicksalhafte Ausfälle durch Tod und Krankheit als auf den Willen des Landesparteitags nach einem Wechsel zurückzuführen« war. Klaus Schönhoven

Situations révolutionnaires en Europe, 1917—1922: Allemagne, Italie, Autriche-Hongrie. Actes. 2e Colloque internationale 25, 26, 27 mars 1976/Revolutionary Situations in Europe, 1917—1922: Germany, Italy, Austria-Hungary. Proceedings. 2nd International Colloquium March 25, 26, 27, 1976, edited by/sous la direction de Charles L. Bertrand, Centre Interuniversitaire d'Études Européennes / Interuniversity Centre for European Studies, Montréal 1977, XI, 251 S., engl. brosch., \$ 8.00 für Mitglieder, \$ 10.00 für Nichtmitglieder.

Since 1972 the Interuniversity Centre for European Studies in Montreal has attempted to further interdisciplinary research and the exchange of ideas on European topics. In addition to numerous seminars, workshops, a newsletter and recently a journal — *Europa* — it has sponsored colloquiums on special topics. The Centre's publication of its second international colloquium held in 1976 represents a modest contribution to knowledge. The coherent collection provides a fair discussion on whether the post-world war one situation offered the possibility of a greater social transformation than actually occurred. The publication shows that the well-organized conference moved from two widely-ranging papers on the general situation in Europe after 1917 (by *P. Broué* and *F. Carsten*) to a series of case studies. In each session a lengthy paper was followed by a critique and a discussion of a more thorough nature than is usual at such conferences. For example, the late *R. Wheeler's* examination of Germany and his attempt to illustrate the lack of influence by the Bolsheviki and the Russian Revolution until well into 1919 and to demonstrate that the reigning Social Democrats »objectively undermined the Revolution of 1918—19« (p. 45) is sharply challenged by *A. Mitchell* who shrewdly notes that for Wheeler the Revolution »becomes a persona which wants something« (p. 51) — a something that Wheeler leaves as ill defined as »democratization.« Mitchell underlines what the authors searching for a »third way« in the

Gliederungen diskutiert wurden, sind in der innerparteilichen Diskussion bis heute aktuell geblieben. So steht im Bericht der Jungsozialisten für 1924/25 zu lesen, die »Hauptfrage«, die man »mit großem Interesse und manchmal auch heftiger Leidenschaftlichkeit« erörtert habe, sei das Thema »Unsere Stellung zum Staat« gewesen. Die kommentierende Bemerkung des badischen Landessekretärs der SPD, die Opposition der Jugend gegen ältere Parteimitglieder müsse man verstehen, denn die Jugend sei »schäumender, gärender Wein«, der »sich nicht so leicht in fertige Gefäße bringen läßt« (S. 124 f.), findet sich ebenfalls auch heute noch als tröstend-beschwichtigendes Fazit in manchem sozialdemokratischen Rechenschaftsbericht.

Die Bedeutung der Edition als regionale Materialgrundlage für eine noch zu erstellende historische Gesamtstatistik der SPD in der Weimarer Republik wird durch den vom Herausgeber beigelegten Anhang erhöht, in dem weitere Daten zur Organisationsentwicklung der badischen Sozialdemokratie und Tabellen mit den Ergebnissen der Reichstags- und Landtagswahlen in Baden zusammengestellt sind. Besonders aufschlußreich sind hier die aus verstreuten Quellen ermittelten Angaben über den beruflichen Werdegang und den politischen Karriereverlauf der Mitglieder des Landesvorstandes der SPD: Zwei Drittel der zwischen 1918 und 1933 in den Landesvorstand gewählten Politiker übten zum Zeitpunkt ihrer Wahl keinen Beruf mehr aus, sondern hatten eine Parteiposition inne. Daraus erklärt sich auch der geringe Personenaustausch in diesem Führungsgremium der badischen SPD, der — so Schadt in seinem einleitenden Überblick über die Geschichte der badischen Sozialdemokratie — »mehr auf schicksalhafte Ausfälle durch Tod und Krankheit als auf den Willen des Landesparteitags nach einem Wechsel zurückzuführen« war. Klaus Schönhoven

Situations révolutionnaires en Europe, 1917—1922: Allemagne, Italie, Autriche-Hongrie. Actes. 2e Colloque internationale 25, 26, 27 mars 1976/Revolutionary Situations in Europe, 1917—1922: Germany, Italy, Austria-Hungary. Proceedings. 2nd International Colloquium March 25, 26, 27, 1976, edited by/sous la direction de Charles L. Bertrand, Centre Interuniversitaire d'Études Européennes / Interuniversity Centre for European Studies, Montréal 1977, XI, 251 S., engl. brosch., \$ 8.00 für Mitglieder, \$ 10.00 für Nichtmitglieder.

Since 1972 the Interuniversity Centre for European Studies in Montreal has attempted to further interdisciplinary research and the exchange of ideas on European topics. In addition to numerous seminars, workshops, a newsletter and recently a journal — *Europa* — it has sponsored colloquiums on special topics. The Centre's publication of its second international colloquium held in 1976 represents a modest contribution to knowledge. The coherent collection provides a fair discussion on whether the post-world war one situation offered the possibility of a greater social transformation than actually occurred. The publication shows that the well-organized conference moved from two widely-ranging papers on the general situation in Europe after 1917 (by *P. Broué* and *F. Carsten*) to a series of case studies. In each session a lengthy paper was followed by a critique and a discussion of a more thorough nature than is usual at such conferences. For example, the late *R. Wheeler's* examination of Germany and his attempt to illustrate the lack of influence by the Bolsheviki and the Russian Revolution until well into 1919 and to demonstrate that the reigning Social Democrats »objectively undermined the Revolution of 1918—19« (p. 45) is sharply challenged by *A. Mitchell* who shrewdly notes that for Wheeler the Revolution »becomes a persona which wants something« (p. 51) — a something that Wheeler leaves as ill defined as »democratization.« Mitchell underlines what the authors searching for a »third way« in the

German Revolution refuse to acknowledge: that the SPD carried a majority of labor with itself and its reformist course, and further that the workers' and soldiers' councils were »scenes of extraordinary confusion« which offered no clarity on how to attain the »throughgoing democratization of Germany.« (p. 53)

The discussion of the Italian situation from 1918 to 1922 followed similar lines. *A. Lyttelton* astutely illustrated the nationalistic element in fascism's successful utilization of a revolutionary opportunity, an opportunity which the socialists had been too disunited, too lacking in leadership and too reformist to exploit. The fascists presented themselves to the populace in such a fashion that they satisfied both »the demand for order and the demand for change.« (p. 73) In his critique of Lyttelton, *A. Cassels* agreed that fascism was not merely counter-revolutionary, rather »until it was seduced by the lure of office, fascism retained enough inherent radical possibilities to pose as a viable alternative to the postwar socialist revolution that never was.« (p. 80) These excerpts should illustrate a central aspect of the conference proceedings: they contain little novel information among the astute restatements of central questions on this era.

Somewhat more novel were the workshops organized on agrarian, political, ideological and industrial problems. Here the papers by *G. Ranki*, *C. Meier*, *M. Molnar* and *G. Feldman* laid bare information which is only slowly beginning to percolate into the general understanding of the era. For instance, Feldman suggests a relationship between the new sources of radicalism in labor and the larger scale firms created by the war. However, in many ways the conference tended to be a restatement of the views for which most of these authors were already known.

The question could be posed whether a new generation of scholars with new questions and new approaches might not be necessary to reach a fuller understanding of this era; for example, why did none of the authors examine the »unmaking« of the European working class, in the sense that E. P. Thompson's concept could be applied in reverse to this era? Or, why has no attempt been made to quantify the realm of economic possibilities facing Germany's and Austria's socialists after November 1918? Perhaps the Canadian historians of this era in European affairs would not have added such perspectives but it is notable how few were present at the colloquium and how few of their studies were included in the book's bibliography.

Dieter K. Buse

Peter Hinrichs/Lothar Peter, *Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976, 298 S., brosch., 12,80 DM.

Rationalisierungsprobleme und technologisch bedingte Arbeitslosigkeit in der Gegenwart haben neuerdings das Interesse an den historischen Wurzeln dieser Probleme geweckt und zum Entstehen zahlreicher Aufsätze sowie einiger Monographien geführt. Auch die hier zu besprechende Arbeit gehört in diesen Kontext. Ihre Autoren gehen vom Desiderat der »Arbeitshumanisierung« in der Bundesrepublik aus. Sie bleibe, so sagen sie einleitend, selbst auf gewerkschaftlicher Seite so lange nur ein Lippenbekenntnis, wie »unter Humanisierung die begrenzte Perspektive des Arbeitsplatzes [...] bei gleichzeitiger Eskamotierung der Frage nach demokratischer Veränderung der Machtverhältnisse [...] auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verstanden wird«. Damit ist auch schon der Blickwinkel umrissen, unter dem die Autoren die Geschichte der Rationalisierungsbewegung in der Weimarer Republik betrachten wollen: Nicht wertneutral oder zweckfrei historisierend, sondern aus der Sicht engagierter Marxisten, deren Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand weithin dem der Weimarer KPD ähnelt.

German Revolution refuse to acknowledge: that the SPD carried a majority of labor with itself and its reformist course, and further that the workers' and soldiers' councils were »scenes of extraordinary confusion« which offered no clarity on how to attain the »throughgoing democratization of Germany.« (p. 53)

The discussion of the Italian situation from 1918 to 1922 followed similar lines. *A. Lyttelton* astutely illustrated the nationalistic element in fascism's successful utilization of a revolutionary opportunity, an opportunity which the socialists had been too disunited, too lacking in leadership and too reformist to exploit. The fascists presented themselves to the populace in such a fashion that they satisfied both »the demand for order and the demand for change.« (p. 73) In his critique of Lyttelton, *A. Cassels* agreed that fascism was not merely counter-revolutionary, rather »until it was seduced by the lure of office, fascism retained enough inherent radical possibilities to pose as a viable alternative to the postwar socialist revolution that never was.« (p. 80) These excerpts should illustrate a central aspect of the conference proceedings: they contain little novel information among the astute restatements of central questions on this era.

Somewhat more novel were the workshops organized on agrarian, political, ideological and industrial problems. Here the papers by *G. Ranki*, *C. Meier*, *M. Molnar* and *G. Feldman* laid bare information which is only slowly beginning to percolate into the general understanding of the era. For instance, Feldman suggests a relationship between the new sources of radicalism in labor and the larger scale firms created by the war. However, in many ways the conference tended to be a restatement of the views for which most of these authors were already known.

The question could be posed whether a new generation of scholars with new questions and new approaches might not be necessary to reach a fuller understanding of this era; for example, why did none of the authors examine the »unmaking« of the European working class, in the sense that E. P. Thompson's concept could be applied in reverse to this era? Or, why has no attempt been made to quantify the realm of economic possibilities facing Germany's and Austria's socialists after November 1918? Perhaps the Canadian historians of this era in European affairs would not have added such perspectives but it is notable how few were present at the colloquium and how few of their studies were included in the book's bibliography.

Dieter K. Buse

Peter Hinrichs/Lothar Peter, *Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976, 298 S., brosch., 12,80 DM.

Rationalisierungsprobleme und technologisch bedingte Arbeitslosigkeit in der Gegenwart haben neuerdings das Interesse an den historischen Wurzeln dieser Probleme geweckt und zum Entstehen zahlreicher Aufsätze sowie einiger Monographien geführt. Auch die hier zu besprechende Arbeit gehört in diesen Kontext. Ihre Autoren gehen vom Desiderat der »Arbeitshumanisierung« in der Bundesrepublik aus. Sie bleibe, so sagen sie einleitend, selbst auf gewerkschaftlicher Seite so lange nur ein Lippenbekenntnis, wie »unter Humanisierung die begrenzte Perspektive des Arbeitsplatzes [...] bei gleichzeitiger Eskamotierung der Frage nach demokratischer Veränderung der Machtverhältnisse [...] auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verstanden wird«. Damit ist auch schon der Blickwinkel umrissen, unter dem die Autoren die Geschichte der Rationalisierungsbewegung in der Weimarer Republik betrachten wollen: Nicht wertneutral oder zweckfrei historisierend, sondern aus der Sicht engagierter Marxisten, deren Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand weithin dem der Weimarer KPD ähnelt.

In einem einleitenden Kapitel behandeln die Verfasser die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen sich im 20. Jahrhundert Arbeitswissenschaft bzw. Rationalisierung in Deutschland entwickelten. Anschließend vergleichen sie das im Untersuchungszeitraum vorherrschende bürgerliche Verständnis von Rationalisierung mit dem Inhalt, den die KPD diesem Begriff gab: Wo bürgerliche Autoren technischen Fortschritt und den Sieg einer »technischen Vernunft« erblickten, sah die KPD — wie vorher schon Marx und Lenin — nur eine subtilere Methode zur verstärkten Ausbeutung des Proletariats durch Steigerung der Arbeitsintensität. Damit sind nach Ansicht der Verfasser die Fronten klar umrissen: hier rationalisierungswütige Ausbeuter, dort die rationalisierungsfeindliche, klassenbewußte Arbeiterschaft. Diese Polarisierung — das sei vorab gesagt — zwingt die Autoren nicht selten zur Schwarzweißmalerei, zu unnötiger und historisch unbefriedigender Vereinfachung.

Dies wird deutlich etwa, wenn die Verfasser im ersten und zweiten Kapitel über die Ursachen des Einsatzes von Rationalisierung und allgemeiner Arbeitswissenschaft im Untersuchungszeitraum sprechen. In Deutschland reichen die Anfänge der Arbeitswissenschaft bis etwa zur Jahrhundertwende zurück. Freilich galten etwa Wundts und Kraepelins »psycho-technische« Forschungsergebnisse noch als unausgereift und praktisch kaum anwendbar. Ähnlich wurde der Taylorismus eingeschätzt. Wenn die Verfasser meinen, in erster Linie sei für die gegenüber den USA verzögerte Rezeption dieser Neuerungen die entschlossene Abwehrhaltung der deutschen Arbeiterbewegung bestimmend gewesen, so unterliegen sie einer Täuschung: Vor, ja selbst noch im 1. Weltkrieg nahm die Arbeiterbewegung, wie übrigens auch große Teile der Unternehmerschaft, von diesen Dingen kaum Notiz bzw. beschränkte sich auf die Kritik an Einzelheiten. Statt dessen blieb es ganz überwiegend bürgerlichen Sozialreformern überlassen, kritische Analysen etwa des Taylorismus zu erstellen.

Während des 1. Weltkriegs stieg auf staatlicher Seite das Interesse an Methoden, die geeignet erschienen, den zunehmenden Arbeitskräftemangel auszugleichen. Dagegen scheint die große Mehrzahl der Unternehmer auch weiterhin gezögert zu haben, offenbar deshalb, weil ihr die neuen Methoden zu große Zugeständnisse an die Arbeiterschaft zu involvieren schienen.

Zugleich aber entstand aus hinter das Jahr 1914 zurückreichenden Anfängen eine Gruppe von Rationalisierungsanhängern, die die Verfasser fast völlig übersehen oder jedenfalls ignoriert haben. Dies waren vorzugsweise Ingenieure, die in den neuen Verfahren einen Weg zur Beilegung der innerdeutschen sozialen Gegensätze durch den Aufbau einer »Gemeinwirtschaft« gefunden zu haben glaubten. Ihre Pläne spielten während des Krieges und besonders in der Diskussion der ersten Nachkriegsjahre eine nicht unbedeutende Rolle und lassen sich keineswegs unter die unternehmerischen Versuche subsumieren, die sozialpolitischen Ergebnisse der Revolution rückgängig zu machen. Das Interesse dieser Gruppe an Fragen der Rationalisierung und Psychotechnik war in dieser Phase vermutlich größer als das der Unternehmerschaft, die weithin Arbeitskräfteüberhang und Inflation als ausreichende Möglichkeiten zur Profitsteigerung betrachtete.

Nun soll gewiß nicht bezweifelt werden, daß seit Kriegsende eine allmählich steigende Zahl von Unternehmern die sich in der Arbeitswissenschaft bietenden Möglichkeiten für ihre Zwecke zu nutzen begann. Unzutreffend scheint mir lediglich die Reduktion des sehr komplexen Rezeptionsprozesses von Taylorismus, Fordismus, »Human Engineering« auf eine Variante des Klassenkampfes. Verzichtet man auf diese Vereinfachung, so lassen sich die Dinge zwangloser erklären, als in Hinrichs/Peters Arbeit gelegentlich geschehen; beispielsweise wäre es dann unnötig, den Fortgang dieses Prozesses etwas widersprüchlich für die Jahre bis 1923 aus der Schwäche, für die folgenden Jahre jedoch aus der wachsenden Stärke der Unternehmerschaft abzuleiten: Nicht weniger bedeutsame Determinanten waren zweifel-

los die Lage am Arbeitsmarkt und seit 1924 das Bestreben, international auch nach dem Ende der Inflation konkurrenzfähig zu bleiben.

Nicht zuletzt widersprechen auch die Verfasser selbst ihrer These, wenn sie zugeben, daß sich in SPD- und ADGB-Kreisen zahlreiche Stimmen für die Rationalisierung etc. erhoben. Wenn sie andererseits vom »wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiter[...] gegen die Rationalisierungsmethoden und -absichten des Großbürgertums« sprechen, so kann das in dieser Form allenfalls für den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft gelten; er aber dürfte, wie die Reichstagswahlergebnisse vermuten lassen, der weitaus kleinere gewesen sein.

Die KPD bekämpfte die Rationalisierungswelle mit einer Konsequenz, die im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg stand. Sie hatte manche guten Gründe für ihr Vorgehen, doch blieb ihre Argumentation oft etwas unscharf. Vor allem fehlten klare Ausführungen zum Begriff der Intensitätssteigerung und überzeugende Beweise für ihre These, daß jede Produktivitätserhöhung zwangsläufig die Lage der Arbeiterschaft verschlechtere. Auch vollzog sich der Kampf der KPD gegen Rationalisierung und Arbeitswissenschaft überwiegend auf theoretischer Ebene und erschöpfte sich zu einem guten Teil in Attacken gegen die SPD. Daß diese im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb aktiver und erfolgreicher war als die KPD, sehen auch die Verfasser; daß ihr Vorgehen weder die Weltwirtschaftskrise noch die »Machtergreifung« verhindern konnte (was ihr die Verfasser vorwerfen), gilt nicht minder für die KPD.

So bleibt die Untersuchung von Hinrichs/Peter über weite Strecken von einer gewissen Holzschnitthaftigkeit gekennzeichnet. Nuancen gehen darüber oft verloren: Die Verfasser kritisieren mit Recht das Neutralitätspostulat der Rationalisierer und berichten Beklemmendes über das »Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung«. Andererseits sollten Moellendorff, Wissell oder sonstige Rationalisierungsanhänger in der SPD nicht einfach deshalb als Handlanger der Unternehmerschaft und implizit als Wegbereiter des Nationalsozialismus abgestempelt werden. Auch krankt die Arbeit der Verfasser (wie vor ihr schon manche Verlautbarung der KPD) daran, daß der Vorwurf rationalisierungsbedingter Steigerung der Arbeitsintensität zwar erhoben, aber nie präzisiert oder gar wirklich bewiesen wird. So zutreffend diese Behauptung sein mag — und manches spricht durchaus dafür —, sie ist seit Beginn der Rationalisierungsdiskussion umstritten, aber die Verfasser geben sich mit kritikloser Übernahme einer Position zufrieden.

Schließlich sei vermerkt, daß die zu Einzelpunkten sehr interessanten Ausführungen der Verfasser gelegentlich darunter leiden, daß Hinrichs und Peter ihre Arbeit nicht immer ganz klar gegliedert haben. Auch der überreich mit Soziologismen und Monstersätzen befrachtete Stil steigert die Lesbarkeit nicht. Positiv ist der Dokumentenanhang des Buches hervorzuheben. Zwar weist er Lücken auf, beispielsweise sind die Technokraten à la Moellendorff wie die Unternehmer ungenügend repräsentiert, aber mit diesem Problem haben Auswahlen immer zu kämpfen. Es wäre übrigens zweckmäßig gewesen, den Anhang durch eine Bibliographie zu ergänzen.

Lothar Burchardt

Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924—1933,  
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, 339 S., kart., 24 DM.

In Deutschland, wie auch anderswo, entstanden Parteien im Bereich der gesamtstaatlichen Politik, als zentralstaatliche Parlamentsfraktionen und Wahlmaschinen. Von daher drangen sie schon im 19. Jahrhundert in die Kommunalpolitik ein. Die Frage für sie war jeweils, wie weit sie den kommunalen Kompetenzrahmen als begrenzte Handlungsebene akzeptierten oder sich auf bloße lokale Parteipolitik beschränkten. Anhand der gut lesbaren, klar gegliederten und genau belegten Untersuchung von Beatrix Herlemann über die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik läßt sich das Problem besonders gut studieren.

los die Lage am Arbeitsmarkt und seit 1924 das Bestreben, international auch nach dem Ende der Inflation konkurrenzfähig zu bleiben.

Nicht zuletzt widersprechen auch die Verfasser selbst ihrer These, wenn sie zugeben, daß sich in SPD- und ADGB-Kreisen zahlreiche Stimmen für die Rationalisierung etc. erhoben. Wenn sie andererseits vom »wachsenden Widerstand der deutschen Arbeiter[...] gegen die Rationalisierungsmethoden und -absichten des Großbürgertums« sprechen, so kann das in dieser Form allenfalls für den der KPD nahestehenden Teil der Arbeiterschaft gelten; er aber dürfte, wie die Reichstagswahlergebnisse vermuten lassen, der weitaus kleinere gewesen sein.

Die KPD bekämpfte die Rationalisierungswelle mit einer Konsequenz, die im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg stand. Sie hatte manche guten Gründe für ihr Vorgehen, doch blieb ihre Argumentation oft etwas unscharf. Vor allem fehlten klare Ausführungen zum Begriff der Intensitätssteigerung und überzeugende Beweise für ihre These, daß jede Produktivitätserhöhung zwangsläufig die Lage der Arbeiterschaft verschlechtere. Auch vollzog sich der Kampf der KPD gegen Rationalisierung und Arbeitswissenschaft überwiegend auf theoretischer Ebene und erschöpfte sich zu einem guten Teil in Attacken gegen die SPD. Daß diese im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb aktiver und erfolgreicher war als die KPD, sehen auch die Verfasser; daß ihr Vorgehen weder die Weltwirtschaftskrise noch die »Machtergreifung« verhindern konnte (was ihr die Verfasser vorwerfen), gilt nicht minder für die KPD.

So bleibt die Untersuchung von Hinrichs/Peter über weite Strecken von einer gewissen Holzschnitthaftigkeit gekennzeichnet. Nuancen gehen darüber oft verloren: Die Verfasser kritisieren mit Recht das Neutralitätspostulat der Rationalisierer und berichten Beklemmendes über das »Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung«. Andererseits sollten Moellendorff, Wissell oder sonstige Rationalisierungsanhänger in der SPD nicht einfach deshalb als Handlanger der Unternehmerschaft und implizit als Wegbereiter des Nationalsozialismus abgestempelt werden. Auch krankt die Arbeit der Verfasser (wie vor ihr schon manche Verlautbarung der KPD) daran, daß der Vorwurf rationalisierungsbedingter Steigerung der Arbeitsintensität zwar erhoben, aber nie präzisiert oder gar wirklich bewiesen wird. So zutreffend diese Behauptung sein mag — und manches spricht durchaus dafür —, sie ist seit Beginn der Rationalisierungsdiskussion umstritten, aber die Verfasser geben sich mit kritikloser Übernahme einer Position zufrieden.

Schließlich sei vermerkt, daß die zu Einzelpunkten sehr interessanten Ausführungen der Verfasser gelegentlich darunter leiden, daß Hinrichs und Peter ihre Arbeit nicht immer ganz klar gegliedert haben. Auch der überreich mit Soziologismen und Monstersätzen befrachtete Stil steigert die Lesbarkeit nicht. Positiv ist der Dokumentenanhang des Buches hervorzuheben. Zwar weist er Lücken auf, beispielsweise sind die Technokraten à la Moellendorff wie die Unternehmer ungenügend repräsentiert, aber mit diesem Problem haben Auswahlen immer zu kämpfen. Es wäre übrigens zweckmäßig gewesen, den Anhang durch eine Bibliographie zu ergänzen.

Lothar Burchardt

Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924—1933,  
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1977, 339 S., kart., 24 DM.

In Deutschland, wie auch anderswo, entstanden Parteien im Bereich der gesamtstaatlichen Politik, als zentralstaatliche Parlamentsfraktionen und Wahlmaschinen. Von daher drangen sie schon im 19. Jahrhundert in die Kommunalpolitik ein. Die Frage für sie war jeweils, wie weit sie den kommunalen Kompetenzrahmen als begrenzte Handlungsebene akzeptierten oder sich auf bloße lokale Parteipolitik beschränkten. Anhand der gut lesbaren, klar gegliederten und genau belegten Untersuchung von Beatrix Herlemann über die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik läßt sich das Problem besonders gut studieren.

Als neue, revolutionäre Partei, die von Anfang an den zentralen Machterwerb mit allen Mitteln zum Ziele hatte, mußte sich die KPD nach dem Scheitern ihrer Putschabsichten nach 1923 auf das mühselige Alltagsgeschäft der kommunalen Politik einlassen. Es fiel ihr nicht leicht; denn sie wurde daran durch viele Vorbehalte gehindert. Einmal lehnte sie das Institutionsgefüge der Republik, besonders aber die kommunale Selbstverwaltung als Hochburg des sozialdemokratischen Reformismus, ab. Das disponierte sie zum prinzipienlosen Taktieren im Bereich der Kommunalpolitik, je nachdem H. Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann den Kurs bestimmten bzw. exekutierten: einmal gegen die Erzfeinde der Sozialdemokratie, dann wieder bedingt mit ihnen und schließlich wieder gegen sie. Zum anderen war ihre eigene Staatstheorie widersprüchlich, teils am sozialistischen Zentralismus orientiert, teils an der Basisdemokratie des Räteystems. Dieser Widerspruch wurde noch durch die Ablehnung der entsprechenden, ebenfalls miteinander im politischen Widerstreit liegenden Staatsprinzipien der demokratischen Republik kompliziert. Die Krise der Selbstverwaltung in der Weimarer Republik war ja nicht nur eine der faktischen Sozial- und Finanzpolitik, sondern auch des Staatsverständnisses einer weithin zentralistisch verstandenen, de facto aber föderalistischen und pluralistischen Republik. Sollte man die »kapitalistische Rationalisierung« und Zentralisierung akzeptieren, weil man dieses Grundprinzip selbst anstrebte, oder ablehnen, weil sie in der aktuellen Situation dem »Klassenfeind« zum Vorteil gereichte? In der Finanzpolitik entschied man sich gegen den Zentralismus, in der Eingemeindungsfrage eher dafür.

In diese politische Orientierungslosigkeit brachten nur die formalen Prinzipien des innerparteilichen Zentralismus und der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau einige Ordnung. Die abrupten und desto rücksichtsloser durchgesetzten Kehrtwendungen von der Distanz zur »Radaupolitik« 1924, von loyaler Opposition zur hemmungslosen Agitation gegen die »Sozialfaschisten« 1928/29 erleichtern der Historikerin die Periodisierung, verwirren aber die unter den unvollkommenen sozialen Verhältnissen des Weimarer Staates leidenden Anhänger. Sie führten immer wieder zu Ausschlüssen, Austritten und Abspaltungen in den Stadtratsfraktionen und bei der Anhängerschaft in den Ruhrgebietsstädten.

Nach Beatrix Herlemanns Ergebnissen kann man sagen, daß es nur von 1925—1928 eine genuine Kommunalpolitik der KPD gegeben hat, vorher und nachher allenfalls agitatorische Lokalpolitik. Das während dieser engagierten Periode der Kommunalpolitik erschlossene Feld von Lebensproblemen der Arbeiterschaft, von den Wohnungsfragen über Erwerbslosigkeit, administrative Preise zur Schulpolitik, bei deren Linderung die KPD auch einmal das Parteiprestige hinter den praktischen Nutzen für die Arbeiterschaft zurückstellen konnte, wurde ab 1929 in frontale Agitation umgesetzt. Es gehörte zu den Fehlleistungen der Republik, daß sie dieser prinzipiellen Kritik Vorschub leistete, indem sie die institutionellen und finanziellen Grundlagen einer ihrer Basisinstitutionen, der Gemeinde, schwächte. Beatrix Herlemanns Arbeit macht diese Probleme in einer abgewogenen Bewertung deutlich.

Wolfgang Hofmann

Ursula Langkau-Alex, *Volksfront in Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933—1936*, Syndikat Verlag, Frankfurt 1977, 364 S., Halbleinen, 48 DM.

Hans Georg Lehmann, *In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*, Verlag C. H. Beck, München 1976, 387 S., Pb., 29,80 DM.

Nachdem die Geschichte der deutschen Emigration lange Zeit im Schatten der »großen« Ereignisse gestanden hatte, hat sich in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse dem Schicksal der durch Hitlers Machtergreifung zur Flucht und zum Exil gezwungenen

Als neue, revolutionäre Partei, die von Anfang an den zentralen Machterwerb mit allen Mitteln zum Ziele hatte, mußte sich die KPD nach dem Scheitern ihrer Putschabsichten nach 1923 auf das mühselige Alltagsgeschäft der kommunalen Politik einlassen. Es fiel ihr nicht leicht; denn sie wurde daran durch viele Vorbehalte gehindert. Einmal lehnte sie das Institutionsgefüge der Republik, besonders aber die kommunale Selbstverwaltung als Hochburg des sozialdemokratischen Reformismus, ab. Das disponierte sie zum prinzipienlosen Taktieren im Bereich der Kommunalpolitik, je nachdem H. Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann den Kurs bestimmten bzw. exekutierten: einmal gegen die Erzfeinde der Sozialdemokratie, dann wieder bedingt mit ihnen und schließlich wieder gegen sie. Zum anderen war ihre eigene Staatstheorie widersprüchlich, teils am sozialistischen Zentralismus orientiert, teils an der Basisdemokratie des Räteystems. Dieser Widerspruch wurde noch durch die Ablehnung der entsprechenden, ebenfalls miteinander im politischen Widerstreit liegenden Staatsprinzipien der demokratischen Republik kompliziert. Die Krise der Selbstverwaltung in der Weimarer Republik war ja nicht nur eine der faktischen Sozial- und Finanzpolitik, sondern auch des Staatsverständnisses einer weithin zentralistisch verstandenen, de facto aber föderalistischen und pluralistischen Republik. Sollte man die »kapitalistische Rationalisierung« und Zentralisierung akzeptieren, weil man dieses Grundprinzip selbst anstrebte, oder ablehnen, weil sie in der aktuellen Situation dem »Klassenfeind« zum Vorteil gereichte? In der Finanzpolitik entschied man sich gegen den Zentralismus, in der Eingemeindungsfrage eher dafür.

In diese politische Orientierungslosigkeit brachten nur die formalen Prinzipien des innerparteilichen Zentralismus und der zunehmenden Abhängigkeit von Moskau einige Ordnung. Die abrupten und desto rücksichtsloser durchgesetzten Kehrtwendungen von der Distanz zur »Radaupolitik« 1924, von loyaler Opposition zur hemmungslosen Agitation gegen die »Sozialfaschisten« 1928/29 erleichtern der Historikerin die Periodisierung, verwirren aber die unter den unvollkommenen sozialen Verhältnissen des Weimarer Staates leidenden Anhänger. Sie führten immer wieder zu Ausschlüssen, Austritten und Abspaltungen in den Stadtratsfraktionen und bei der Anhängerschaft in den Ruhrgebietsstädten.

Nach Beatrix Herlemanns Ergebnissen kann man sagen, daß es nur von 1925—1928 eine genuine Kommunalpolitik der KPD gegeben hat, vorher und nachher allenfalls agitatorische Lokalpolitik. Das während dieser engagierten Periode der Kommunalpolitik erschlossene Feld von Lebensproblemen der Arbeiterschaft, von den Wohnungsfragen über Erwerbslosigkeit, administrative Preise zur Schulpolitik, bei deren Linderung die KPD auch einmal das Parteiprestige hinter den praktischen Nutzen für die Arbeiterschaft zurückstellen konnte, wurde ab 1929 in frontale Agitation umgesetzt. Es gehörte zu den Fehlleistungen der Republik, daß sie dieser prinzipiellen Kritik Vorschub leistete, indem sie die institutionellen und finanziellen Grundlagen einer ihrer Basisinstitutionen, der Gemeinde, schwächte. Beatrix Herlemanns Arbeit macht diese Probleme in einer abgewogenen Bewertung deutlich.

Wolfgang Hofmann

Ursula Langkau-Alex, *Volksfront in Deutschland? Band 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933—1936*, Syndikat Verlag, Frankfurt 1977, 364 S., Halbleinen, 48 DM.

Hans Georg Lehmann, *In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*, Verlag C. H. Beck, München 1976, 387 S., Pb., 29,80 DM.

Nachdem die Geschichte der deutschen Emigration lange Zeit im Schatten der »großen« Ereignisse gestanden hatte, hat sich in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse dem Schicksal der durch Hitlers Machtergreifung zur Flucht und zum Exil gezwungenen

Deutschen zugewandt. Mit den in diesem Zusammenhang veröffentlichten Arbeiten differenzierte sich auch das bisher recht verschwommene Bild der Emigration. Nicht nur verkörperte sie den Exodus des größten Teiles der geistigen Elite Deutschlands, sondern auch die Spitzen der republikanischen Parteien, die sich nicht hatten gleichschalten wollen. Die politische Kultur Deutschlands lebte im Auslande weiter, nachdem sie in der Heimat selbst ausgelöscht worden war.

Einen außerordentlich interessanten Aspekt der politischen Entwicklung der deutschen Emigration beleuchtet die Studie von *Ursula Langkau-Alex*: die Bemühungen um eine Sammlung aller Hitler-Gegner im Exil, um als Alternative zur Diktatur in Deutschland eine breite Volksfront zu gründen, zunächst als vorbereitenden Ausschuß und für die Zeit nach Hitler als politische Realität. Aufgekommen war dieser Gedanke bereits bei der Hindenburg-Wahl 1932; er wurde vorwiegend von Schriftstellerkreisen und den zwischen SPD und KPD angesiedelten »Zwischengruppen« getragen. Jedoch konnten die beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung diesen Bestrebungen keinerlei Interesse abgewinnen. Aus einer schließlich sich als Fehleinschätzung erweisenden Kalkulation heraus unterstützte die SPD die Kandidatur Hindenburgs, die KPD votierte für Thälmann. Tiefe gegenseitige Abneigung, unvereinbare Führungsansprüche, »Sozialfaschismus«-Theorie und Konzeptionen von der »Einheitsfront von unten« ließen auch eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien nicht zu.

Von rund 60 000 Emigranten, die bis Ende 1933 Deutschland aus Gründen politisch, religiös oder rassistisch motivierter Verfolgung verlassen mußten, ließ sich fast die Hälfte in Frankreich nieder; es blieb auch in den nächsten Jahren bevorzugtes Refugium für deutsche Flüchtlinge. Frankreich und hier wiederum Paris wurden zum geistigen, kulturellen und politischen Zentrum des anderen Deutschland. Ursula Langkau-Alex verfolgt die teilweise verwirrende Vielfalt von Zirkeln, Gemeinschaften, Kreisen, Vereinigungen und Zeitschriften, die sich dort konstituierten, manchmal recht bald umbenannten und umgruppierten und vielfach auch wieder auflösten. Stärkste Kraft war die Exil-KPD, die mit Hilfe der französischen Schwesterpartei und kommunistisch geführter Massenorganisationen ihr Zentrum in Paris einrichtete. Sie war dadurch auch geographisch und technisch dem nach Prag geflüchteten sozialdemokratischen Parteivorstand überlegen. Erwähnenswert sind hier aber vor allem die Schriftstellerkreise, aus denen vor allem die Persönlichkeit Heinrich Manns herausragt, und Zeitschriften wie das »Pariser Tageblatt«, die alle Bestandteil einer zum Dritten Reich antithetischen, politischen Gegenkultur verkörperten: insgesamt ein Mikrokosmos von Organisationen und Aktionen, beherrscht von der für jede Emigration charakteristischen Atmosphäre von Angst, Hoffnung, Resignation und Mißtrauen.

Die politischen Fronten innerhalb der deutschen Emigration blieben gegenüber der untergehenden Weimarer Republik nahezu unverändert. Zwar hatte vom Sommer 1934 bis Anfang Januar 1935 im Saargebiet eine Einheitsfront aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestanden, die von kleineren katholischen und autonomistischen Gruppen unterstützt wurde. Aber eine Wiederholung dieses Vorbildes erwies sich im Exil als äußerst problematisch. Zu stark gingen die kurz- und langfristigen Ziele und Erwartungen der verschiedenen Emigrantengruppen auseinander. Dennoch bildete sich im Herbst unter der Federführung von Heinrich Mann, bei aktiver Mitwirkung von Willi Münzenberg und reger Anteilnahme zahlreicher deutscher Schriftsteller im Pariser Hotel »Lutetia« ein Komitee, das die einmal aufgegriffene Diskussion institutionalisierte. Nach längeren Diskussionen und Kontroversen konstituierte sich schließlich im Februar 1936 unter dem Präsidium von Heinrich Mann der »Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, der mit programmatischen Stellungnahmen und Manifesten dem Dritten Reich den Kampf ansagte. Mit dieser zukunftsorientierten Perspektive endet der erste Band des Buches. Der zweite wird das endgültige Scheitern der Bemühungen um eine geschlossene antifaschistische Front im Exil darstellen.

— Die Studie von Ursula Langkau-Alex gibt nicht nur einen guten Überblick über das politische Geschehen in der deutschen Emigration, sondern nimmt aufgrund der zahlreichen biographischen und parteigeschichtlichen Details gelegentlich den Charakter eines Nachschlagewerkes an. Leider bringt sie diese teilweise sehr wichtigen Fakten überwiegend im Anmerkungsteil unter, dem gegenüber der eigentliche Text nur ein Drittel des gesamten Buches ausmacht; dadurch wird die Lektüre des im übrigen flüssig geschriebenen Buches erschwert, und manches wichtige Detail geht dabei verloren. Es ist zu hoffen, daß der zweite Band hierin stärker auf den Leser Rücksicht nimmt und dadurch auch einen breiteren Leserkreis anspricht.

Die regen politischen Aktivitäten innerhalb der deutschen Emigration erwecken gelegentlich den Eindruck, daß sich Vertreter der Exilparteien und Schriftsteller für Akteure der Geschichte hielten, obgleich die meisten von ihnen eher Getriebene und Gejagte waren. Von diesem zweiten Aspekt handelt die wichtige Studie von *Hans Georg Lehmann*. Bereits Jahre vor der Machtergreifung hatten führende NS-Funktionäre die Todesstrafe für »Verbrecher an der Ehre des Volkes« gefordert und damit zu erkennen gegeben, daß mit der Machtergreifung der Konflikt mit Andersdenkenden keineswegs abgeschlossen sein würde. Die NS-Bewegung bestritt ihren Kritikern nicht nur das Recht auf eigenes Denken, auf politisches Wirken in Deutschland, sondern sogar auf physische Existenz. Die Verfolgung endete daher nicht mit dem Verlassen Deutschlands, sondern erstreckte sich auch auf das Ausland. Das Hitler-Regime begrüßte es zwar, daß seine Gegner zu einem Zeitpunkt, in dem es noch keineswegs gefestigt war, als Faktor der Innenpolitik weitgehend verschwanden; es fürchtete aber andererseits die Aktivitäten der Emigranten im Ausland, die das internationale Ansehen des Regimes schädigen und von außen bekämpfen konnten.

Bereits Anfang Mai 1933 ließ die neu geschaffene Geheime Staatspolizei Listen anfertigen über Personen, die sich im Auslande durch »staatsfeindliche Umtriebe« bemerkbar machten. In den ersten Jahren des Dritten Reiches stellte die Gestapo allmählich eine Datenbank mit sämtlichen Informationen über deutschsprachige Emigranten zusammen: persönliche Daten, politische Betätigung, rassische Herkunft, Tag und Motive der Flucht usw. Dieses Emigrantenarchiv gibt durch seine von den Kriegereignissen verschonten Reste einen Einblick in die umfassende Verfolgungsapparatur des Nazi-Regimes. Zentrales Instrument im Kampf gegen exilierte Deutsche war die sogenannte Ausbürgerung. Am 14. Juli 1933 wurde auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes das »Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit« erlassen. Es konnte angewendet werden, wenn Deutsche außerhalb des Reichsgebietes entweder durch ihr »Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben« oder einer Aufforderung des Reichsinnenministers zur Rückkehr keine Folge leisteten. Die dehnbar gefaßten Formulierungen der Ausführungsbestimmungen ließen nahezu jede Willkür zu. Im August 1933 wurde die erste Liste ausgebürgerter Emigranten veröffentlicht, unter denen sich Namen wie Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann, Otto Wels und Willi Münzenberg befanden. Diese Praxis entfaltete ihre Eigendynamik und führte zu Weiterungen, von denen bis Kriegsende fast 39 000 Deutsche betroffen wurden. Noch im März 1945 wurden — offensichtlich letztmals — 31 Personen ausgebürgert.

In diesem düsteren Kapitel deutscher Geschichte lassen sich drei Phasen unterscheiden. Von 1933 bis 1937 wurden vor allem Politemigranten verfolgt: Politiker, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler. Von 1937 bis Kriegsbeginn wurden aufgrund eines Geheimerlasses Himmlers weiterhin Politemigranten, aber in zunehmendem Maße auch Juden ausgebürgert. Die dritte größte Gruppe stellten die in den Kriegsjahren Expatriierten, zu denen vor allem Juden und ihre »deutschblütigen« Ehepartner sowie Wehrdienstverweigerer und Fahnenflüchtige gehörten. Sie stellten die große Masse der Namenlosen dar, deren Schicksal

in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wurde. Nur die wenigsten der ausgebürgerten Deutschen waren materiell gesichert und in der Lage, sich aus eigenen Mitteln am Leben zu erhalten. Mit der Ausbürgerung wurden sie staatenlos und waren damit auch der Willkür ihrer Gastländer schutzlos ausgeliefert. Mit dem Exil begann für die meisten ein gehetztes Dasein zwischen Furcht und Not. — Lehmann exemplifiziert vor allem die politischen Aspekte dieser Thematik am Schicksal Willy Brandts, der 1933 als 19-jähriger von Deutschland nach Norwegen emigriert war und dort in Anlehnung an die norwegische Sozialdemokratie für die kleine, aber aktive SAP wirkte. Die geringen Kenntnisse, die Himmlers Geheimdienste über seine Aktivitäten hatten, reichten aus, um ihn im Jahre 1938 gleichfalls auszubürgern.

Der zweite Hauptteil des Buches befaßt sich mit einem für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschämenden Kapitel: dem der Remigration und Wiedergutmachung. Die ersten Hindernisse wurden den deutschen Flüchtlingen noch von den westlichen Siegermächten in den Weg gelegt, sofern sie nicht als Dolmetscher oder Berater alliierte Uniformen trugen. Vielfach aber lebten die von Goebbels verbreiteten Pauschalurteile weiter. Die Emigranten wurden nicht als Vertreter des anderen Deutschland begrüßt, sondern mußten sich vielfach auch noch rechtfertigen. In manchen Fällen wurde die Ehrenhaftigkeit ihrer Emigrationsmotive angezweifelt; nicht selten wurden Wiedergutmachungsanträge mit bürokratischen und demütigenden Auflagen verbunden, so daß einige Emigranten aus Furcht vor amtlichen Schikanen auf ihre Ansprüche verzichteten. Vor allem aber Diffamierungen in der Öffentlichkeit und Unterstellungen nationaler Unzuverlässigkeit, wie sie gerade Willy Brandt hat erleben müssen, gehören zu den unbewältigten Fragen der allerjüngsten Zeitgeschichte. Es ist als besonders wertvolles Merkmal dieser klar gegliederten und flüssig geschriebenen Untersuchung hervorzuheben, daß sie das Thema nicht mit dem Jahre 1945 abschließt, sondern mit seinen Folgeproblemen bis in die Gegenwart fortführt.

Patrik von zur Mühlen

Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933—1940, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976, 354 S., Ln., 34 DM.

Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933—1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 412 S., brosch., 23,80 DM.

Karl Flanner, Widerstand im Gebiet von Wiener Neustadt 1938—1945, Europa-Verlag, Wien 1973, 352 S., Ln., 35 DM.

Peter Altmann/Heinz Brüdigam/Barbara Mausbach-Bromberger/Max Oppenheimer, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, hrsg. i. A. des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1975, 334 S., Ln., 35 DM (2., verb. Aufl., Frankfurt 1979, 42 DM).

Die hier anzuzeigenden Bücher berichten in verschiedener Weise (Quellenpublikation, Analyse, Bilddokumentation) vom antifaschistischen Widerstand in einzelnen Teilen Deutschlands (Baden, Ruhrgebiet) und Österreichs (Wiener Neustadt).

Aus der Sicht nationalsozialistischer Behörden wird in der von Jörg Schadt bearbeiteten Quellenedition der vor allem von der KPD und SPD getragene Widerstand gegen die Hitler-Diktatur in Baden dokumentiert. Dem Quellenteil vorangestellt ist eine 22 Seiten

in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wurde. Nur die wenigsten der ausgebürgerten Deutschen waren materiell gesichert und in der Lage, sich aus eigenen Mitteln am Leben zu erhalten. Mit der Ausbürgerung wurden sie staatenlos und waren damit auch der Willkür ihrer Gastländer schutzlos ausgeliefert. Mit dem Exil begann für die meisten ein gehetztes Dasein zwischen Furcht und Not. — Lehmann exemplifiziert vor allem die politischen Aspekte dieser Thematik am Schicksal Willy Brandts, der 1933 als 19jähriger von Deutschland nach Norwegen emigriert war und dort in Anlehnung an die norwegische Sozialdemokratie für die kleine, aber aktive SAP wirkte. Die geringen Kenntnisse, die Himmlers Geheimdienste über seine Aktivitäten hatten, reichten aus, um ihn im Jahre 1938 gleichfalls auszubürgern.

Der zweite Hauptteil des Buches befaßt sich mit einem für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschämenden Kapitel: dem der Remigration und Wiedergutmachung. Die ersten Hindernisse wurden den deutschen Flüchtlingen noch von den westlichen Siegermächten in den Weg gelegt, sofern sie nicht als Dolmetscher oder Berater alliierte Uniformen trugen. Vielfach aber lebten die von Goebbels verbreiteten Pauschalurteile weiter. Die Emigranten wurden nicht als Vertreter des anderen Deutschland begrüßt, sondern mußten sich vielfach auch noch rechtfertigen. In manchen Fällen wurde die Ehrenhaftigkeit ihrer Emigrationsmotive angezweifelt; nicht selten wurden Wiedergutmachungsanträge mit bürokratischen und demütigenden Auflagen verbunden, so daß einige Emigranten aus Furcht vor amtlichen Schikanen auf ihre Ansprüche verzichteten. Vor allem aber Diffamierungen in der Öffentlichkeit und Unterstellungen nationaler Unzuverlässigkeit, wie sie gerade Willy Brandt hat erleben müssen, gehören zu den unbewältigten Fragen der allerjüngsten Zeitgeschichte. Es ist als besonders wertvolles Merkmal dieser klar gegliederten und flüssig geschriebenen Untersuchung hervorzuheben, daß sie das Thema nicht mit dem Jahre 1945 abschließt, sondern mit seinen Folgeproblemen bis in die Gegenwart fortführt.

Patrik von zur Mühlen

Jörg Schadt (Bearb.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933—1940, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3), W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976, 354 S., Ln., 34 DM.

Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933—1945, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1976, 412 S., brosch., 23,80 DM.

Karl Flanner, Widerstand im Gebiet von Wiener Neustadt 1938—1945, Europa-Verlag, Wien 1973, 352 S., Ln., 35 DM.

Peter Altmann/Heinz Brüdigam/Barbara Mausbach-Bromberger/Max Oppenheimer, Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, hrsg. i. A. des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1975, 334 S., Ln., 35 DM (2., verb. Aufl., Frankfurt 1979, 42 DM).

Die hier anzuzeigenden Bücher berichten in verschiedener Weise (Quellenpublikation, Analyse, Bilddokumentation) vom antifaschistischen Widerstand in einzelnen Teilen Deutschlands (Baden, Ruhrgebiet) und Österreichs (Wiener Neustadt).

Aus der Sicht nationalsozialistischer Behörden wird in der von Jörg Schadt bearbeiteten Quellenedition der vor allem von der KPD und SPD getragene Widerstand gegen die Hitler-Diktatur in Baden dokumentiert. Dem Quellenteil vorangestellt ist eine 22 Seiten

umfassende Einführung, in der Schadt den Leser vertraut macht mit der Geschichte, der Organisation, den Kompetenzen und den Biographien der leitenden Beamten der staatlichen Institution, die für die Verfolgung des politischen Gegners in Baden eine maßgebliche Verantwortung trug — und zwar des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe (am 1. 10. 1936 in Staatspolizeileitstelle Karlsruhe umbenannt). Die von dieser Behörde erstellten Lageberichte — ihr Berichtszeitraum erstreckte sich zunächst auf eine, dann auf zwei, schließlich auf vier Wochen, 1935 teilweise auf zwei Monate — folgen einem bestimmten Gliederungsprinzip: Anfangs zerfallen die Berichte in einen allgemeinen Teil und in Einzelmeldungen; später werden die Einzelmeldungen fallengelassen bzw. finden sich innerhalb der einzelnen allgemeinen Abschnitte. Es ist bemerkenswert, daß die »staatsfeindlichen Bestrebungen« der illegalen KPD sowie die Aktivitäten der katholischen Kirche einen ständigen Bestandteil der Berichte bilden. Erstrecken sich die im vorliegenden Band abgedruckten »Allgemeinen Lageberichte« des Geheimen Staatspolizeiamts bzw. der Stapoleitstelle Karlsruhe auf den Zeitraum vom 16. 12. 1933 bis zum 31. 3. 1936, so beziehen sich die »Lageberichte über die kommunistische und marxistische Bewegung« auf die Zeit vom 2. 2. 1938 bis zum 3. 4. 1939. Neben diesen Quellenzeugnissen aus dem Aktions- und Verwaltungsbereich der badischen Geheimen Staatspolizei sind in der Schadtschen Dokumentation auch noch Lageberichte einer anderen staatlichen Behörde versammelt — und zwar des Generalstaatsanwalts in Karlsruhe. Die Berichte dieser Institution, über deren Organisation und Aufgabenbereich Schadt nur sehr knappe Informationen gibt, sind datiert für den Zeitraum 1935—1940/41; allerdings werden die Berichte des Karlsruher Generalstaatsanwalts, dessen Kompetenz in Fragen des Hochverrats im Januar 1937 an den Generalstaatsanwalt in Stuttgart übergang, hier nicht in vollem Wortlaut abgedruckt, sondern nur die Abschnitte wiedergegeben, die die politische Kriminalität und die Aktivitäten der Regime-Gegner thematisieren.

Zum besseren Verständnis der Rolle, Bedeutung und Wirksamkeit der Widerstandsbewegung im »Dritten Reich« skizziert Schadt zunächst die politische, vor allem die parteipolitische Entwicklung in Baden von 1919 bis 1933, ehe er die Gruppierungen vorstellt, die zu den wichtigsten Trägern des antifaschistischen Widerstandskampfes zählen: vor allem Gruppen der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD, deren Operationsgebiete insbesondere Karlsruhe, Mannheim und Mittelbaden auf der einen, Mannheim, Karlsruhe und Freiburg i. Br. auf der anderen Seite waren. Im Verlauf von Verhaftungswellen in den Jahren 1935 und 1936 fand der von Sozialdemokraten und Kommunisten organisierte Widerstand seinen Abschluß; lediglich die — allerdings insgesamt keine wesentliche Rolle spielenden — linkssozialdemokratischen Gruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) wurden erst 1938 von der Gestapo zerschlagen. Die KPD verlagerte ihre Aktivitäten in die Betriebe und Massenorganisationen; im 2. Weltkrieg (September 1941) wurde der kommunistische Widerstand im Rhein-Neckar-Gebiet noch einmal aktiviert. Weniger als aktive Widerstandszentren denn als defensiv wirkende Organisationen sind die katholische und evangelische Kirche in Baden zu charakterisieren. Als politisch, religiös und rassistisch Verfolgte sind demgegenüber zu bezeichnen: der Stahlhelm, die Sekten (insbesondere die Ersten Bibelforscher) und die Juden. Schadt hat mit dieser Publikation eine sehr sorgfältig edierte Dokumentation nationalsozialistischer Quellen zur Geschichte des Widerstandes in Baden vorgelegt.

Das Prädikat »sorgfältig« verdient auch die Studie von *Detlev Peukert*, zumindest was die Auswertung bisher unveröffentlichten Quellenmaterials (z. B. aus dem Zentralen Parteiarchiv, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [DDR]) wie auch die Verarbeitung aller erreichbaren Sekundärliteratur anbelangt. Wie bereits im Untertitel zum Ausdruck gebracht wird, ist der Autor bemüht, seine Analyse durch den Abdruck von Dokumenten (Flugblättern, Flugschriften, Erinnerungen beteiligter Personen u. a.) zu illustrieren.

Ob die von Peukert an den Beginn seiner Darstellung gestellte These, die KPD habe in den letzten Monaten des Bestehens der Weimarer Republik ununterbrochen und nicht nur sporadisch versucht, »auf allen Ebenen und in den verschiedensten Formen die Einheitsfront herzustellen« (S. 35), wissenschaftlich zu halten ist, muß in Anbetracht des heutigen Kenntnisstandes der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung bezweifelt werden.

Dessenungeachtet bleibt es das Verdienst Peukerts, den Widerstand insbesondere der KPD im Ruhrgebiet umfassend und detailliert dargestellt zu haben — mag es sich handeln um die Beschreibung der Organisationsstrukturen der kommunistischen Gruppen, der Kampfziele (von den betrieblichen Kämpfen für elementare Interessen wie Kampagnen für Lohnerhöhungen bis hin zur Propagierung des Hauptziels — Zerschlagung der Diktatur) oder um die deskriptive Analyse der Kampfformen und -techniken (Herstellung und Verbreitung illegaler Flugblätter, Flugschriften und anderer Druckerzeugnisse). Aus der Arbeit wird klar ersichtlich, daß trotz der seit 1933 immer wiederkehrenden Verhaftungen der kommunistische Widerstand weder bis 1939 durch die Gestapo völlig gebrochen werden konnte noch in den Jahren nach der Entfesselung des 2. Weltkrieges durch das Hitler-Regime. In den Betrieben vor allem der Rüstungsindustrie wurde der antifaschistische Widerstand mit den Mitteln des Streiks, der Sabotage oder der bewußten Verletzung der Arbeitsdisziplin fortgeführt. Als verdienstvoll zu betrachten ist die Darstellung des Anteils von Gewerkschaftern, Teilen der parteipolitisch orientierten Jugend (Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes KJVD und der sozialdemokratischen Jugendorganisation SAJ) wie ferner von Jungkatholiken am antifaschistischen Kampf; es fehlen auch nicht Hinweise auf die kirchliche Opposition, die im evangelischen Bereich von der Bekennenden Kirche (BK) getragen wurde. Beschränkte sich deren Tätigkeit vornehmlich auf die Sicherung der ungestörten Wahrnehmung kirchengemeindlicher Aufgaben, so hatte auf katholischer Seite die z. B. vom Düsseldorfer Kaplan Rossaint unterstützte und geförderte Zusammenarbeit zwischen Jungkatholiken und Jungkommunisten eine politische Dimension.

Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß die Analyse sozialdemokratischer Widerstandsgruppen — der an der Politik des Prager Exilvorstandes der SOPADE orientierten Gruppierungen wie auch linkssozialdemokratischer Gruppen (Revolutionäre Sozialisten Deutschlands, Sozialistische Arbeiterpartei, Rote Kämpfer u. a.) — einen quantitativ zu geringen Anteil ausmacht im Vergleich etwa zu der umfangreichen Behandlung des kommunistischen Widerstands (nur ca. 20 Seiten über sozialdemokratische, mindestens 120 Seiten über kommunistische Aktivitäten).

Ungeachtet dieses Defizits stellt die Monographie Peukerts eine wissenschaftliche Analyse zeitgeschichtlich relevanter Vorgänge dar, eine Charakterisierung, die für das Buch von *Karl Flanner* nicht getroffen werden kann. Hier handelt es sich um Aufzeichnungen von Erlebnissen teils des Autors selbst, teils auch anderer Einzelpersonlichkeiten und antifaschistischer Gruppen in Wiener Neustadt, einem Zentrum der Rüstungsindustrie. Flanner (Verhaftung nach dem »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich und anschließend 6 Jahre in Gefängnissen und KZs) beschreibt sehr ausführlich die verschiedenen Formen des Widerstandes (Verbreitung illegaler Druckschriften, Abhören ausländischer »Feindsender«, Sabotage und bewaffneter Kampf), die politischen Ziele (Wiederherstellung eines demokratischen und souveränen österreichischen Staates) und die Aktionen einzelner Widerstandsgruppen. Den Hauptanteil am antifaschistischen Kampf hatten die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und der kommunistische Jugendverband (KJV); er setzte sich zusammen aus ehemaligen Mitgliedern der sozialdemokratischen »Roten Falken« und »Kinderfreunden«. Als weitere Widerstandsgruppen sind zu nennen die mit den Kommunisten kooperierenden Revolutionären Sozialisten (Gruppe Heinrich Sauer) sowie einzelne Pfarrer vor allem der katholischen Kirche. Die Ausführungen Flanners sind zu einem großen Teil quellenmäßig abgesichert; es werden Dokumente wie Anklageschriften, Urteile, Flugblätter u. a. vollstän-

dig bzw. in Auszügen wiedergegeben; dennoch wird der Informationswert der Darstellung in erheblichem Umfang dadurch verringert, daß in keinem Fall die Fundstelle der Quellen genannt wird. Der Autor beschränkt sich im Anhang seines Buches auf pauschale Quellenangaben.

Eine Dokumentation besonderer Art stellt das von *Peter Altmann, Heinz Brüdigam, Barbara Mausbach-Bromberger* und *Max Oppenheimer* verfaßte und mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth eingeleitete Buch »Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933—1945 in Bildern und Dokumenten« dar. Die Fülle des Bildmaterials wie die Vielzahl der Reproduktionen von Originaldokumenten (Urteilsschriften, Flugblätter, amtliche Bekanntmachungen) sind eindrucksvoll und bedrückend zugleich. Hier finden wir mit knappen biographischen Angaben versehene Photos führender Repräsentanten des gesamten Spektrums des antifaschistischen Widerstandes — von den Vertretern der organisierten Arbeiterbewegung, der SPD und der KPD, der Gewerkschaften, über die Repräsentanten des kirchlichen Widerstandes, der Studentenschaft bis hin zu den Exponenten des konservativen Bürgertums, Adels und Militärs. Aber die Autoren begnügen sich nicht mit der Sammlung von Bilddokumenten und anderen Quellenzeugnissen; sie suchen ihre Bedeutung noch durch kurze Zwischentexte über die historisch-politische Entwicklung Deutschlands hervorzuheben.

Die Dokumentation über den antifaschistischen Widerstand beginnt nicht erst mit der Hitlerschen Machtergreifung am 30. 1. 1933, sondern bereits mit der Revolution 1918/19 und der Ermordung der Führer der jungen KPD Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Soldaten reaktionärer Freikorps; denn — so wollen die Verfasser zeigen — der Kampf der demokratischen Kräfte gegen die die bürgerlich-parlamentarische Republik von Weimar bedrohenden antidemokratischen, völkisch-nationalsozialistischen Gruppierungen und Strömungen begann schon 1920 und nicht erst 1930 oder 1932, als die NSDAP zu einem politisch dominierenden Faktor in Deutschland wurde. Ob aber, wie behauptet, die Hauptverantwortung für das Scheitern der Einheitsfront von KPD und SPD im Kampf gegen den erstarkenden Faschismus bei der sozialdemokratischen Parteiführung lag, die »jede Gemeinsamkeit mit der KPD ablehnte« (S. 36), muß bezweifelt werden; denn — und diese Tatsache wird eingeräumt — auch die Politik der KPD-Führung war nicht frei von Fehlern (Sozialfaschismusthese).

Die Autoren lassen ihre Dokumentation auch nicht mit dem Jahre 1945 enden. Sie bemühen sich, darüber hinaus die Frage zu beantworten, ob in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands bzw. in der Bundesrepublik eine neue, eine demokratische Politik begründet worden ist, die die Gefahr eines systembedrohenden Neofaschismus ausschließt. Die Hauptlinien der Innen- und Außenpolitik werden dabei allerdings teilweise inhaltlich verkürzt nachgezeichnet; ohne Angabe von Quellenbelegen wird z. B. die Schuld für die Fortdauer der deutschen Teilung allein in den Entscheidungen der zuständigen politischen Organe in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik gesehen. Im Ergebnis ist den Verfassern zuzustimmen, wenn sie feststellen, daß mit der 1969 von der Bundesregierung eingeleiteten Vertragspolitik gegenüber der UdSSR, Polen, der DDR und CSSR sowie der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO »ein ständiger Spannungsherd in Mitteleuropa beseitigt und die »Nachkriegszeit« beendet wurde« (S. 305).

Horst Dähn